

ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT

# TATblatt

Projekt  
weitageszeitung

alle 14 Tage  
brandaktuell

MINUS 54 NUMMER

(4/91)

26. FEBRUAR 1991

PREIS: öS 10,—

## 143 Festnahmen

# Antikriegsaktionen in Österreich

Innsbruck glich einem Polizei-Staat, Hubschrauber, Gendarmen und "Anti"terroreinheiten wurden aufgeboten um etwa 100 US-Panzer an die Golf front zu bringen. Dennoch wurden die Züge an den drei Blockadetagen ca. 20 mal gestoppt. Berichte darüber auf den nächsten Seiten, zusammen mit einer Schwarzen Liste.



Blockade der Westbahnstrecke bei St. Wilten am 12. Februar

## Volkszählung:

### Formen des Protestes

Nun gibt es sie endlich: die erste, auf österreichische Verhältnisse zugeschnittene Ideensammlung für den Volkszählungsboykott, von extrahart bis extraweich. (Fast) alles über das falsche Ausfüllen von amtlichen Schriftstücken und andere Tips und Tricks.

Näheres erfahrt ihr auf den Seiten 12 und 13

## Antimilitaristisches

Freisprüche bei Prozessen gegen 2 Totalverweigerer, die nach § 58 WG ("listige Umtriebe") in Wien angeklagt waren.

Und auch einen Tag später hatten die Militärbehörden wenig "Glück". Denn Gregor T. wollte sich wie auch bei den letzten Versuchen der Stellung nur mit seinem Rechtsbeistand mustern lassen. Und das wollten die Militärvertreter nicht.

Aufgrund eines Flugblattes wurde neuerlich in der Bürogemeinschaft Schottengasse eine Hausdurchsuchung durchgeführt.

Berichte auf den Seiten 7-9

# BERGE - PANZER - TRANSIT

(TATblatt Innsbruck)

Im Zusammenhang mit den "Berge"-Panzer-Transporten durch Österreich (Tirol) hat es vielerorts Widerstand seitens einer leider, man/frau muß es so sagen, nur kleinen Minderheit gegeben, ohne auf eine zumindest verbale Solidarität der Bevölkerung rechnen zu können (und dies aller "Kronen" zum Trotz, siehe Kronen Zeitung 13.02.91: "63 Prozent gegen Transport

Innsbrucks Bordell; Anm.) und die Zelte konnten stehen bleiben, solange alles friedlich über die Gleise ging.

Schon am Samstag vor den eigentlichen Panzertransporten, wurde der Zugverkehr für ca. 20 Minuten sozusagen als Warnung lahm gelegt; ohne daß sich die Bullen formieren konnten. Die installierte Telefonkette erwies sich am Dienstag wider erwarten doch als funktionstüchtig, als der erste

mehreren anderen Stellen dezentrale Blockaden von kleineren Gruppen - wo der Panzerzug mehrmals kurze Zeit gestoppt werden konnte. Diese Bilder wiederholten sich an zwei darauf folgenden Tagen. Hinzu kamen noch mehrere Ankettenungen an die Geleise und einmal an einen Panzer.

Insgesamt konnten die Züge ca. 20 mal gestoppt werden. Die Bullen wurden mit Fortdauer der Aktionen brutaler und hatten die Möglichkeit, ihre Logistik zu verbessern, was den AktivistInnen leider nicht gelang. Neben den eh bekannten Bullenübergriffen kam es zu einem Total-Black-Out eines Bullen, der scharf in Richtung einiger DemonstrantInnen schoß - jedoch glücklicherweise nicht traf.

An den drei Blockade-Tagen kam es zu ca. 200 Verhaftungen, wobei alle Gefangenen nach kürzerer Zeit wieder freigelassen wurden - pro Verhaftung ist mit einer Verwaltungsstrafe mit bis zu S 10.000.- zu rechnen, was für viele schon eher prekär ist (vor allem für jene, welche zwei und drei mal verhaftet wurden). Die Grüne Alternative, welche für die ganzen Aktionstage ihre Infrastruktur zur Verfügung stellten und die KPÖ richteten ein Spendenkonto ein: BA-WAG-Innsbruck, Kto-Nr. 68720-487-415. Wichtig ist für jene, die verhaftet wurden, daß sie unbedingt in Berufung gehen und keinesfalls die Strafen bezahlen (bei Fragen: Armin Gredler Tel.: 0512/508-320).

Eines ist klar: Sollte sich Österreich neuerlich auf dem "Landweg" als Handlanger imperialistischer Interessen erweisen, wird WIDERSTAND nicht ausbleiben!

Zur Unterstützung all jener, die in diesem Zusammenhang ein Verfahren anhängig haben, gibt es in Wien ein SOLIFEST: Fr.01.03. im KKK-4, Gußhausstr.14/3



durch Österreich").

Dennoch kann dieser Widerstand durchaus positiv gewertet werden. Die Panzer sind zwar durchspaliert worden, ohne daß einer viel gewünschterweise in die Sillschlucht gestürzt wäre - der Preis, den das eh schon lange nicht mehr neutrale Österreich bezahlt hat, war jedoch verhältnismäßig hoch. Sowohl finanziell, denn dieses Bullenaufgebot hat es seit dem Papst-Besuch nicht mehr gegeben, als auch politisch, da im Zusammenhang mit den jetzt doch auch tröpfchenweise durchdringenden Nachrichten über die us-amerikanisch-alliierten Massakern an der irakischen Bevölkerung, langsam die Kriegsbegeisterung bei uns zurückgeht. Es wird sich zeigen, wie sich die Beteiligung Österreichs am Golfkrieg in Zukunft rechtfertigen und vor allem durchsetzen läßt, wenn das Abmetzeln bei der Landschlacht losgeht.

Innsbruck glich vor und während der Panzertransporte einem Polizei-Staat erster Klasse. Dem zum Trotz wurde in der Sillschlucht ein Friedenscamp errichtet, das bis zum Schluß stehen blieb. Mehreren Bullen-Interventionen hielt das "Stift-Wilten" stand, dem das Camp-Grundstück gehört (ebenso wie das "Maxim"-Grundstück -

"Panzer-Alarm" von einem Wachposten in Kufstein ausgelöst wurde. Zwischen 30 und 50 AktivistInnen formierten sich nahe dem Stift Wilten auf den Geleisen und setzten sich beim Anrücken der Neutralitätsverräter eingekettet auf diese. Zugleich gab es an







## Kurze Chronologie

# Antikriegsaktionen in Österreich

## 143 Verhaftungen

(a.m./mr/gr, ANNA, Organ zur Verbreitung Anderer Nachrichten — gekürzt TATblatt-Wien)

Am **12. Februar** wurden in Innsbruck von der österreichischen Polizei **50 KriegsgegnerInnen festgenommen**, darunter TeilnehmerInnen des Antikriegslagers in der Sillschlucht bei Innsbruck, sowie einige Leute, die am Innsbrucker Bahnhof eine Kundgebung — es war bereits die zweite — veranstaltet hatten. Nach einer etwa zwei-stündigen Überprüfung wurden die MordgegnerInnen wieder freigelassen. — Zwei Züge mit 26 amerikanischen Panzern fuhrten an dem Tag von Innsbruck Richtung Italien ab. Es war gelungen, sie 15 Minuten lang aufzuhalten: 2 Aktivisten hatten sich an einer schwer zugänglichen Stelle auf die Gleise geworfen. 80 Panzer sind zu dem Zeitpunkt noch in Tirol. "Hinter einem jeden Aktivisten geht ein **STAPO**-(Staatspolizei)-mann einher!", so kennzeichnete die Lage in Innsbruck einE AktionsteilnehmerIn. Die Zentrale der Grünen, sowie die Wohngemeinschaften, in denen sich die Gegner des Mordes und der Mörder aufhielten, wurden ständig beschattet.

Die Haftbedingungen waren an jenem Tag mehr als entwürdigend: 24 Frauen wurden 2 Stunden lang in einer **3 x 3 Meter großen Zelle** festgehalten, in dem sich ein offenes WC mit kaputter Spülung befand. Kontakt mit Anwälten oder Verwandten wurde nicht erlaubt! Die Dienstnummern wurden, obwohl dies verlangt wurde, nicht bekanntgegeben. Eine Frau wurde von einem männlichen Gendarmen abgetastet. Frauen wurden ihre Tampons weggenommen.

Am **13. Februar** fand ein neuerlicher Blockadeversuch statt, als um 17 Uhr zwei weitere Züge von Innsbruck abfahren sollten. An dem Tag teilten sich die AktivistInnen das erste Mal in Kleingruppen auf, die von Hall bis nach Matrei agierten — eine Gruppe davon waren die **Autonomen Frauen aus Innsbruck**. Dabei setzte die österreichische Gendarmerie Schußwaffen ein: durch Schüsse in die Luft konnte ein Teil der DemonstrantInnen in die Flucht geschlagen, ein Teil verhaftet werden. Die Schußwaffenaktion wurde in den überregionalen (Wiener) Blättern — mit Ausnahme der kommunistischen Volksstimme — **verschwiegen**, nur die lokalen Tiroler Tageszeitungen berichteten darüber. *In Österreich wird nicht die Presse zensuriert, die Presse zensuriert selber.*

Bei der Aktion wurden auch ein Hund ohne Maulkorb auf eine Gruppe von Protestierenden gehetzt. (...)

Einige bei der Blockadeaktion Verhafteten wurde **an die Staatsgrenze zu Italien** verfrachtet (die Ethnische Selektionsstelle (soll

wohl Grenzstation bedeuten?, Anm. des Tipplers) am Brenner ist berüchtigt für die rücksichtslose Behandlung von fremdrassigen Personen und, neben der steirischen Grenze, eine hohe Schule der Polizeiprovo-kation, R.), dort seien ihre Daten erfaßt worden. An die 43 Personen wurden insgesamt an dem Tag festgenommen.

Kurz nach dem bewaffneten Polizeiübergriff haben sich drei AktivistInnen in Matrei, ein paar Kilometer vor der italienischen Grenze, an den Zug gekettet, und es gelang ihnen, die Todesfracht 22 Minuten lang aufzuhalten. Kurzblockierungen respektive Protestaktionen folgten in Sterzing, Bozen, Trient, Verona und Bologna.

In Trient und Verona wurden die DemonstrantInnen gewaltsam von den Gleisen entfernt und angezeigt.

Am Donnerstag, den **14. Februar** blockierten die AktivistInnen entlang der ganzen Brennerstrecke jeweils 10 Minuten lang. In Rum rannten 15 Frauen auf die Gleise und stoppten die ersten Panzertransporte mit einer Menschenkette. In Wattens stellten 4 Personen ein Spruchband mit der Aufschrift "Neutralität" auf die Gleise: der Zug fuhr einfach drüber. Zwei Männern wurde beschieden: *Stehnbleim! Dableim! Oder wir hetzen die Hunde auf euch!* In Gries ketteten sich Leute mit einer Stahl-

### Aufruf der Plattform für den Frieden:

Liebe AktivistInnen,  
in den letzten Tagen unserer Protestaktivitäten - die immerhin zur Folge hatte, daß offensichtlich der letzte Zug über Frankreich geführt wurde - haben wir vereinbart, daß alle Aktionen, Flugblätter, Vorkommnisse, gute Fotos ect. in einer kleiner Broschüre zusammengefaßt und veröffentlicht werden sollen.

Dazu benötigen wir neben Informationen aller Art vor allem noch Gedächtnisprotokolle. Versucht Euch, bitte, noch einmal an die Situation zu erinnern und schreibt Eure Erlebnisse zusammen.

Alle gesammelten Materialien werden sorgfältig gesichtet und nur anonymisiert veröffentlicht. Eine Weitergabe von Material aller Art ist selbstverständlich vollkommen ausgeschlossen (Redaktionsgeheimnis schützt auch vor Gerichten!)

Zuschriften bitte an: Grünes Büro, Adamgasse 11, 6020 Innsbruck.

Wichtig: Die Gedächtnisprotokolle, ect. müssen bis 27.02.91 bei uns eingelangt sein, um noch in der Broschüre berücksichtigt werden zu können!

P.S.: Bitte, gebt diesen Wunsch in Eurem Bekanntenkreis weiter, weil wir nur wenige Adressen haben. Benachrichtigt bitte auch Organisationen, die sich mit den Aktionen solidarisiert haben.

Freuen würden wir uns auch über Kurzberichte über Aktionen, die in einem Zusammenhang mit den Panzertransporten stehen. Dasselbe gilt auch für Medienberichte.

Bitte schreibt dazu, wieviele Broschüren ihr wollt.

Diese Fahrkarte gibt es als Kleber in Originalgröße oder als Plakat.

ÖSTERREICHISCHE BUNDESBAHNEN	
WAGNER/STAMPF	DATUM/ZEIT
1187-22 E 172584	14.02.91/18.40
Anzahl	Fahrtkartenart
103	VOLLPREISKARTE
2. Klasse	4 TAGE AB 21.02.91
NEUTRALITÄT N.A.T.O. ORGANISATION	
EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT	
0 - 0	? % ?

kette an die Gleise an.

In der Nähe der Europabrücke hat ein Gendarm mit durchgeladenem und entscherten Gewehr auf eine Frau gezielt, die sich in einer Gruppe von 4 Leuten befand, die etwa 150 Meter von ihm entfernt war. Glücklicherweise gab es keine Verletzten, nur einen gebrochenen Finger, der aber nicht auf die bewaffnete Attacke zurückzuführen ist. Erst sein Vorgesetzter konnte ihn davon abbringen, die Mordwaffe weiter einzusetzen.

Während der Protestaktionen am Innsbrucker Bahnhof wurde die grüne Stadträtin Uschi Schwarzl mit Gewehrkolbenhieben zum Verlassen der Gleise gezwungen!

An dem Tag wurden 18 Frauen verhaftet.

Ein Fotograf der APA (Austria Presse Agentur), Werner Nosko, wurde von Angehörigen der Cobra-Sondereinheit festgenommen und in Handschellen abgeführt, obwohl Gendarmeriebeamte den Journalisten vorher auf seine Identität überprüft hatten: Man packte ihn an einer der beiden Kameras, die er umhängen hatte, und riß ihn an ihr die Böschung hinunter, er wurde ständig gerempelt und gestoßen, er konnte sich kaum bewegen, und dabei wollte und mußte er noch die beiden Kameras, die er umhängen hatte, schützen. (...) Er sei vollkommen unschuldig, so äußerte der APA-Photograph, er wisse nicht, warum er auf

brutalste Art verhaftet worden war. Obwohl er weit entfernt von der Blockadeaktion fotografiert habe, sei er von einem Cobra-Beamten angesprungen und niedergeworfen worden. Er wurde zusammen mit AktivistInnen der Grünen Alternative, darunter die Landtagsabgeordnete Klug, in einem Personenwaggon, der zwischen Lokomotive und Güterwaggon eingespannt war, an den Brenner verfrachtet und dort wieder freigelassen. Seine Kamera mit Aufnahmen der Blockadeaktion, die ihm abgenommen wurde, ist nach Angaben von Gendarmeriebeamten unauffindbar. (Das ist ja rätselhaft! Anm. der VerfasserInnen) Der Generaldirektor für "Öffentliche Sicherheit", Michael Sicka, sagte der APA auf Anfrage:

"Ein Kriegsberichterstatter trägt eben gewisse Risiken. Im Golfkrieg kriegt er unter Umständen eine Bombe auf den Kopf. Bei einer Demonstration wird er unter Umständen festgenommen." Er kenne den Sachverhalt nicht (a schöner Sicherheitsdirektor!), weil (sic!) er nicht vor Ort gewesen sei. (Plumpes Geschwätz, die VerfasserInnen) Die Zitate sind dem vorsichtig zurückhaltenden NATO-Blatt Standard entnommen. "Falls es sich herausstellen sollte, daß er tatsächlich im Zuge seiner journalistischen Tätigkeit festgenommen worden war, und sonst nichts gegen ihn vorliege, dann werden wir ihn nach Innsbruck zurückbringen."

So nebenher wurden auch noch Fotografen vom Bahndamm hinuntergeworfen, und eine KURIER-Redakteurin sistiert. (...)

Aus dem Äther meldete sich am Mittwoch und am Donnerstag plötzlich ungewohnte Stimmen: RADIO FREIHEIT! RADIO NEUTRALITÄT! Keine US-Panzer durch Österreich! Klagt die österreichische Bundesregierung an! Sie unterstützt durch ihre Entscheidung das Massaker am Golf!"

# KRACH MACHEN GEGEN DEN KRIEG!

WIR WOLLEN NICHT MEHR LÄNGER VORM TE-VAU-APPARAT HOCKEN UND IM TRAUTEN KREIS PÖÖHN ÜBA DIE SCHWEINE.

WIR WOLLEN UNSRE WUT HINTRAGEN ZU DENEN DIE VERANTWORTLICH SIND SIE SPÜREN LASSEN, DASS WIR IMMER DA SIND UND

NICHT NUR HIN UND WIEDER ZU "GROSS"- "AKTIONEN" AUS UNSEREM ALLTAG KRIECHEN.

WIDERSTAND MUSS ALLTAG WERDEN! UNS TREFFEN, GEMEINSAM AGIEREN, GEMEINSAM INFOS ERFAHREN, VIELLEICHT GEMEINSAM NEUES PLANEN.

DAHER:

Schon wieder! Kobra Zulu, Kobra Zulu! Das gleiche Vibrieren an derselben Stelle!

## 5-ER-AKTIONS-BLOCK:

ERSTMAL 5-MAL KATZENMUSIK BEI DEN AMIS.

MIT KURZEN REDEBEITRÄGEN + VIEL LÄRM + INFOS ZUM WIDERSTAND GEGEN DEN KRIEG AUS ALLER WELT.

### AMERIKA-HAUS

FRIEDRICH-SCHMIDT-PL. U-BAHN RATHAUS

BRINGT LÄRMSTRUMENTE ALLER ART MIT

FR. 1. 3. 14<sup>30</sup>

Kobra Zulu, Kobra Zulu! Hier ist es!

FR 8. 3. 14<sup>30</sup> VERWEIGERT JEDEN

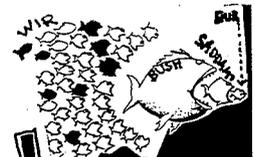
DIENST AM KRIEG!

FR 23. 3. 14<sup>30</sup> YANKEES + CO RAUS AUS DEM GOLF!

FR 27. 3. 14<sup>30</sup> SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER KRIEGS HANDLUNGEN!

FR 29. 3. 14<sup>30</sup> Lesen Sie die Meldung sofort an der Scheinwand! (Dringlichkeitsstufe!)

FR 29. 3. 14<sup>30</sup> SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER KRIEGS HANDLUNGEN!



# Kein Krieg für Öl Kein Geld für Krieg!

(A.B.)

Basierend auf der schwarzen Liste von deutschen VerbraucherInnen-Initiativen, die zum Boykott und zum Protest aufrufen, hier die österreichischen Vertretungen und die Verbindung zum Waffenhandel mit dem Irak:

**AEG AUSTRIA** Generaldirektion: Brünnerstr. 52, 1210 WIEN, Tel. 277 11-0; Tochterfirma von Daimler-Benz; Lieferung von Waffen und einer Munitionsproduktionsanlage; Hersteller von Haushaltsgeräten

**AGFA AUSTRIA**, Mariahilferstr. 118, 1150 WIEN, Tel. 85 02-0; AGFA gehört der BAYER AG, die am weltweiten Atomprogramm beteiligt ist

**BAYER AUSTRIA** GesmbH, Am Heumarkt 10, 1030 WIEN, Tel. 711 46-0

**BAUKNECHT**, Industriezentrum NÖ-Süd, Str.3/Objekt 41, 2355 Wiener Neudorf, Tel. 02236/636 00; maßgebliche Beteiligung der PHILIPS AG, Produktion von Küchengeräten

**BOSCH** GesmbH, Geiereckstr. 6, 1110 WIEN, Tel. 7804-0; gehört zum DAIMLER-BENZ-Konzern, Haushaltsgeräte; Daimler-Benz liefert in den Irak: Gepanzerte Fahrzeuge, über Tochterfirmen Technologie für Brandbomben, Kampfhubschrauber, Panzer- und Luftabwehrraketen; BOSCH und SIEMENS stellen BLAUPUNKT-Elektrogeräte her (selbe Adresse).

**BROWN BOWERI** (Asea Brown Boveri), Generaldirektion, Pernerstroferg. 94, 1100 WIEN, Tel. 601 09-0; BBC liefert Raketentechnologie und Elektronik in den Irak; sonstige Produkte: Maschinen- und Anlagenbau, Elektronik

**BRITISH PETROL AUSTRIA**, Schwarzenbergpl. 13, 1040 WIEN, Tel. 501 61-0 Tochterfirma der britischen BP, die über ihre deutsche Tochterfirma Ausrüstung für militärische Forschung in den Irak liefert; Lieferung von Öl und Benzin, Herstellung von Polyethylen

**BUDERUS AUSTRIA**, Industriestr. 8, Gerasdorf bei Wien, Tel. 22 65 06-0 gehört zur Dynamit Nobel AG; Lieferungen in den Irak: Gußtechnologie für eine Geschützfabrik; sonstige Produkte: Heizungsprodukte und Küchenerzeugnisse

**DYNAMIT NOBEL** GesmbH, Tuchlauben 7a, 1010 WIEN, Tel. 535 69 94-0, Lieferung in den Irak von einer Produktionsanlage für Waffen und Munition; Produkte: Sprengstoffe und Grundchemikalien

**ELECTROLUX** GesmbH, Mariahilferstr. 51, 1060 WIEN, Tel. 587 42 02-0; gehört zum schwedischen Wallenberg-Kon-

zern, der an Rüstungsfirmen beteiligt ist; Produkte: Küchengeräte wie Kühlschränke

**GRUNDIG AUSTRIA** GesmbH, Breitenfurterstr. 43-49, 1200 WIEN, Tel. 85 86 16-0; gehört zum niederländischen Philips-Konzern, der in den Irak Nachtsichtgeräte liefert, sonstige Produkte: Fernseher, Walkman,....

**KAPSCH AG**, Wagenseilg. 1, 1200 WIEN, Tel. 811 11-0, gehört zum Thomson-Konzern (Rüstungsgüter) und führt Elektrogeräte mit Namen TELEFUNKEN

**KODAK**, Albert Schweitzerstr. 4, 1140 WIEN, Tel. 97 01-0; gehört der Firma Eastman Kodak, die mit dem US-Verteidigungsministerium umfassende Verträge hat

**MAN LKW/Gräf und Stift AG**, ÖAF, Generalvertretung on MAN, Brunnerstr. 44-50, 1230 WIEN, Tel. 866 31-0; MAN hat in den Irak Transportausrüstungen geliefert; sonstige Produkte: Transportfahrzeuge; Maschinenbau;...

**MANNESMANN DEMAG** GesmbH, Museumstr.3, 1070 WIEN, Tel. 93 45 08-0; Lieferungen in den Irak: Produktionsanlage für Waffen und Munition; Sonstige Produkte: Tätigkeit im Industrie-Anlagengeschäft und im Maschinenbau

**MITSUI & Co Ltd.**, Liason Office, Opernringhof, Stiege E, 1010 WIEN, Tel. 587 46 01; Japanischer Hersteller von Raketen; sonstige Produkte: TOSHIBA-Elektronikgeräte

**MITSUBISHI CORPORATION**, Land's tra Ber

Hauptstr. 2, Tel. 715 41 87-0; größter japanischer Hersteller von Rüstungselektronik; Produkte: AKAI-Elektronikgeräte, Autos

**OLYMPIA AG**, Herzigg. 9, 1230 WIEN, Tel. 86 45 21-0; ist durch eine Beteiligung der AEG mit DAIMLER-BENZ verbunden; Produkte: Büromaschinen

**OSRAM** — Österr. Glühlampenfabrik, Oberlaaerstr. 253, 1230 WIEN, Tel. 68 75 11-0; gehört zur SIEMENS AG

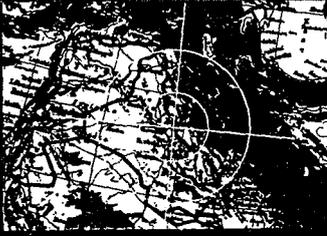
**NEFF** Haushaltsgeräte, Fröbelg. 16, 1160 WIEN, Tel. 92 26 11-0, NEFF gehört SIEMENS und BOSCH

## Krisen Konflikte Kriege Golf und Nahost

+++ Hintergründe +++ Materialien +++ Analysen +++  
+++ zum Krieg am Golf +++

**Themen:**

- Länder
- Portraits
- Palästina
- Problematik
- Kurdistankonflikt
- Ölinteressen
- Ökokatastrophe
- Chronologie der Ereignisse
- Dokumente der Friedensbewegung



ISBN 3 - 928300 - 02 - 4      UNRAST 

Aus dem Inhalt: - Die Grenzen mit dem Lineal gezogen, Kolonialismus und Imperialismus im arabischen Raum - Länderanalysen/Regionalportraits: Israel, Irak, Kuwait, Libanon, Syrien, Jordanien, Saudi-Arabien - Die Palästina-problematik - Die Ideologie des Zionismus und die Geschichte des Staates Israel - Der Kurdistankonflikt - Der "nützliche" Krieg zwischen Irak und Iran - Die Ölinteressen der Industrienationen - Der Krieg als Ökokatastrophe - Chronologie der Ereignisse - Ausgewählte Pressedokumentation - Dokumente der Friedensbewegung - und vieles mehr.  
80 Seiten, DinA 4, 9,80 DM

zu bestellen bei: unrast, Querstr.2, 4400 Münster  
9,80 DM plus 2,00 DM Porto/Versand  
Setzt der herrschenden Unwissenheit ihre Grenzen  
- organisiert den Weiterverkauf der Broschüre !!  
WiederverkäuferInnen erhalten Rabatt: ab 5 Stück je 6,90  
ab 20 \* je 6,40  
ab 50 \* je 5,90  
- oder in jedem guten Buch- und Infoladen

**NIXDORF COMPUTER** GesmbH,  
Untere Donaust. 11, Tel. 211 09-0; gehört  
zum SIEMENS-Konzern

**PHILIPS**, Österr. Philips Industrie  
GesmbH, Triesterstr. 64-66, 1100 WIEN,  
Tel: 601 01-0; der niederländische Konzern  
hat in den Irak Nachtsichtgeräte geliefert;  
Hersteller von Haushaltselektronik, zahl-  
reiche Tochterfirmen

**SHARP ELECTRONICS** GesmbH,  
Mariahilferstr. 51, 1060 WIEN, Tel. 588  
80-0; gehört zur SANWAGROUP, die Rüs-  
tungsgüter herstellt

**SIEMENS AG**, Generaldirektion, Sie-  
mensstr. 88-92, 1210 WIEN, Tel. 25 01-0;  
der Siemens-Konzern lieferte in den Irak  
Steuerungsinstrumente für Geschützfabri-  
ken, Präzisions-Drehbänke, Echofreier  
Raum für Raketenforschung; zahlreiche  
Tochterfirmen, auch Atomkraftwerkebau

**SONY** GesmbH, Laxenburgerstr. 214,  
1230 WIEN, Tel. 610 50-0; Hersteller von  
Rüstungselektronik, Ausrüstung für  
Kriegsflugzeuge, Markennamen AIWA,  
SONY, CBS

**THYSSEN AUSTRIA** GesmbH, Stu-  
benring 24, 1010 WIEN, Verwaltung Tel.  
514 55/11; Lieferung einer Waffen- und  
Munitionsproduktionsanlage; Sonstiges:  
Maschinenbau, Sanitär, Brennstoffe...

**ZANUSSI**, Podhorzkyg. 4-6, 1230  
WIEN, Tel. 86 77 55-0; gehört zum schwe-  
dischen Wallenberg-Konzern, Rüstungsfir-  
men; sonstige Küchengeräte

**ZEISS ÖSTERREICH**, Rooseveltpl. 2,  
1090 WIEN, Tel. 42 36 01-0; Lieferung an  
den Irak: Ausrüstung für Produktionsstätte  
für Chemiewaffen, sonstige Produkte: Brill-  
längläser, optische Präzisionsgeräte,  
ZEISS-IKON

Übrigens: KUWAIT gehört zu den Waf-  
fenlieferanten des Irak und die Regierung  
von Kuwait ist an DAIMLER-BENZ (Rüs-  
tung) beteiligt!

Quelle: Deutsche Verbraucherinitiative,  
Bonn

## Gaskrieg in Bern

(Megaphon, TATblatt-Wien)

Am 26. Jänner kam es zur bislang größten Demonstration zum Golfkrieg in der Schweiz. Rund 15.000 Menschen beteiligten sich an der Versammlung, zu der ein breites Bündnis aufgerufen hatte. Der internationalistische Block, der sich mit der Parole "Wir denken an euch, die ihr geopfert werdet" nicht zufrieden gab, zog nach der Kundgebung vor dem verbarrikadierten Bundeshaus (Parlament) mit ca. 2.000 Personen zur US-Botschaft, wo es ohne Vorwarnung zum ersten Angriff der Polizei mit Wasserwerfern, Tränengas und Gummischrotgeschossen auf die Demonstration kam. In der Folge initiierte die Berner Polizei eine Jagd durch die ganze Stadt, der der bald aufgesplitterte Demonstrationzug nichts entgegenzusetzen hatte. Weiterhin wurden intensive CS-Gas und Gummischrot eingesetzt. Mindestens 20 Personen wurden verhaftet.

## Lebenslang für Startbahnschüsse ?

Am 19. Februar beantragte die Bundesanwaltschaft im Prozeß um die Schüsse an der Startbahn West in Frankfurt lebenslange Haftstrafen für die beiden Angeklagten. Die Urteile werden für Mitte März erwartet.

(TATblatt-Wien)

Am 2. November 1987, den 6. Jahrestag der Räumung des Hüttendorfes an der Frankfurter Startbahn West, fielen bei einem Sonntagsspaziergang an der Startbahn mehrere Schüsse aus einer Pistole, die zwei Polizisten töteten und zwei weitere verletzten. Im Zuge der Ermittlungen wurden große Teile der Anti-Startbahnbewegung kriminalisiert, Polizei und Verfassungsschutz nutzten die Gelegenheit um die von den Ereignissen gelähmte autonome Szene im Rhein-Maingebiet aufzurollen.

Übrig blieben die beiden nun Angeklagten Andreas Eichler und Frank Hoffmann, denen die BAW neben den "Morden" auch "Rädelführerschaft, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Anschläge auf Strommasten" vorwirft. Bei Andreas Eichler wollen die Ankläger die Tatwaffe gefunden haben, beide Angeklagten

sollen im Besitz von Handschuhen mit Schmauchspuren gewesen sein. In bezug auf den Mordvorwurf gab es allerdings bereits vor dem Plädoyer der Anklage zwei Hinweise auf eine eventuell abweichende Auffassung des Gerichts: Bei der Ablehnung eines Haftentlassungsantrags der Verteidigung Frank Hoffmanns hatte der Senat erklärt, ein dringender Tatverdacht wegen Mordes sei "nicht mehr gegeben". Diese Erklärung war erfolgt, nachdem mehrere Entlastungszeugen zugunsten von Hoffmann ausgesagt hatten. Über das Ausagen vor Gericht als Zeuginnen sind in diesem Zusammenhang intensive Diskussionen innerhalb der autonomen Szene entbrannt. In bezug auf Andreas Eichler hatte der Senat bereits den "rechtlichen Hinweis" erteilt, wonach statt des Mordvorwurfs auch, "nur" Totschlag in Frage kommen könnte.

## Rom 12.1.1991

(Interim)

An einer großartigen Massendemonstration gegen die US-Intervention im Nahen Osten nehmen mehr als 20.000 Leute teil. Ein großer Block von ca. 7.000 GenossInnen versucht zum Montecitorio (Sitz des Parlaments) durchzudringen. Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und der Polizei, die Tränengas aus tieffliegenden Hubschraubern schießt. Brutale Angriffe der Bullen wiederholen sich später am Piazza s. Giovanni, wo tausende von GenossInnen sich an den Auseinandersetzungen beteiligen. Bilanz: 10 Festnahmen, davon bleiben sechs im Knast, 19 verletzte Bullen.

*Wir verkaufen laufend aus  
unserer Sammlung Bücher, die ihr  
sonst kaum bekommt - zu  
Preisen, die ihr euch leisten könnt!*

## ANTIQUARISCHE BÜCHER

*Geschichte der ArbeiterInnen-  
bewegung und des Sozialismus,  
international und Österreich -  
Ökonomie - Politik - Philosophie  
- Kunst - Belletristik - Klassiker  
der Weltliteratur - proletarische  
Romane Kinderbücher -  
Reiseliteratur - Schach - Plakate -  
und vieles mehr*

*Tausende Bücher 20,- !*

**W. Simon**  
**Iheringgasse 13, 1150 Wien**  
**Tel: 855 84 32**  
**Donnerstag 15- 20 Uhr,**  
**Freitag 15 - 18 Uhr**  
**Samstag 15 - 18 Uhr**

**Wir sind leicht erreichbar:**

▷ 2 Minuten von der U 4, Station  
Schönbrunn,

▷ 5 Minuten von der Straßenbahn  
52/58, Station Winckelmannstr.

*Unverkäufliche Raritäten  
können auf Wunsch kopiert werden!*

**TATblatt erhältlich!**

Zahlungszweck

S	g
---	---

- TATblatt-Abo 10 Nummern
- TATblatt-Abo 20 Nummern
- Förderabo 10 Nummern
- Förderabo 20 Nummern
- Mitgliedsbeitrag .....
- Spende
- .....
- .....

P.S.K. Kto.Nr. d. Bank	Nur bei Überweisung
P.S.K. Kto.Nr./Giro-Kto.Nr. d. Einzahlers	

**Einzahler** (Name und Anschrift):

P.S.K. Kto.Nr. d. Bank
P.S.K. Kto.Nr./Giro-Kto.Nr. d. Empfängers

**Empfänger:**

**Unabhängige Initiative  
 Informationsvielfalt  
 1060 Wien**

12-3215 (1.877) 5 - DVR: 0043184

Verwendungszweck	Kontonummer(n)	Betrag
		11,90

00007547212+ 00000000>

10+

Bitte dieses Feld nicht beschriften und nicht bestempeln



# Es mag manchen ungerecht erscheinen.....

(k.asperl)

„Aus rein formellen Gründen“ mußte der Richter in Militärstrafsachen am Landesgericht Wien, Dr. Reinhard Zimmermann, vergangene Woche zwei Totalverweigerer freisprechen. Daß er nicht so konnte, wie er wollte, mag, wie gesagt, *„manchen als ungerecht erscheinen; aber so steht es im Gesetz.“*

„Wir können mit denen ja machen was wir wollen“, staunt ein Prozeßbesucher nach den überraschenden Freisprüchen. Zwei Stellungsverweigerer vor Gericht: „Listige Umtriebe zur Umgehung der Wehrpflicht“ versuchte ihnen die Staatsanwaltschaft anzuhängen.

Die gute Laune der ZuseherInnen war nicht ganz unbegründet.

- Lukas B. fordert gleich zu Beginn der Verhandlung den „informierten Vertreter des Bundesheeres“ zum verlassen des Saales auf. Der als Zeuge geladene soll gefälligst draussen warten und keine Möglichkeit erhalten, sich als „Behördenvertreter“ (selbiges ist der Strafprozeßordnung unbekannt) aufzuspielen. Verärgert räumt der Bundesheerler seinen Platz.....

- Lukas verweigert jegliche Aussage zur Sache selbst. „Im Strafantrag wird ganz allgemein davon gesprochen, daß ich mich listiger Umtriebe bedient hätte, indem ich an meiner Meldeadresse nicht auffindbar war und jede Verbindungsaufnahme mit den Militärbehörden vermied. Weiter wird der Vorwurf nicht ausgeführt. Also müßte ich beweisen, daß ich sehrwohl an meiner Meldeadresse auffindbar war usw. In diesem Verfahren wird die Beweislast umgekehrt, daher verweigere ich meine Mitwirkung...“

Der Richter ist sauer; sehr sauer: „Redens nix, wovon's ka Ahnung ham.“ Sonst geht er nicht auf Lukas' Vorwurf ein.

- „Natürlich würde ich jede in Frage kommende strafbare Handlung des Militärstraf- oder Wehrgesetzes begehen, um mich der Wehrpflicht zu entziehen. Nur hab'ich bisher keine solche begangen...“ Der Staatsanwalt ist empört!

- Der „informierte Vertreter“ darf zwecks Einvernahme als Zeuge wieder in den Saal; und verwandelt sich prompt in einen Paradeiser. Er muß stillschweigend, aber tief errötet, eingestehen, daß Lukas niemals ordnungsgemäß zur Stellung geladen worden war; daß alle Versuche, ihn mit Hilfe der Polizei zwangsweise der Stellungskommission Wien vorzuführen, nicht rechtens, sondern ungesetzlich gewesen waren, weil Lukas niemals (wie im Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz verlangt) die zwangsweise Vorführung angedroht worden war.

- Gregor gibt 'seiner' Verhandlung eine

andere Note. Er zeigt weit offener als Lukas, was er von Militär und Justiz hält. Er spart Worte, den seine Antworten im Ste-no-Stil sind ohnehin weit prägnanter:

Richter: „Ja warum gehns den nicht zur Stellung?“

Gregor: „Ich war ja dort!“

Richter (deutlich genervt): „Ja aber da sind sie nicht gestellt worden, weil da warena sie mit ihrem Rechtsbeistand dort.“

Gregor: „Na soll ich mir des Kasperltheater jeden Monat geben?“

Der Richter gibt auf.

- Die eher peinlich wirkenden Versuche des „informierten Vertreters“ und des Staatsanwalts, die beiden Angeklagten als gefährlich hinzustellen („Demonstranten haben die Stellungskommission gestürmt und illegale Flugblätter verteilt“) belustigen das Publikum. Zwei Personen werden nach

setzes müsse er die beiden eben freisprechen. Mehrfach wiederholt Zimmermann diesen Satz, als wollte er sagen: In die Wurschtmaschin' gherats eine, aber leider ist das im Moment nicht möglich. Und weiter: „Das mag manchen zwar als ungerecht erscheinen.....“

Keine Sorge, Herr Zimmermann: Uns nicht!

## Intermezzi

Die Tauglichkeitskriterien für Bundesheerangehörige sind bekannt; auch die für Polizisten. Doch wie mißt mensch die Tauglichkeit von Paragraphen? :

Die Inhaltslosigkeit des Paragraphen gegen die „listigen Umtriebe“ ist bislang immer von AntimilitaristInnen kritisiert worden, den Herren vom Heer war sie eher

gelegentlich gekommen. Letzteres änderte sich am 18. Februar.

Als sich Freisprüche bereits abzeichneten, warf der Staatsanwalt Absurditäten in die Waagschale:

- Er erweiterte die Anklage gegen Lukas: Lukas soll sich listiger Umtriebe zur Umgehung der Wehr-

pflcht bedient haben, indem er mit einem Rechtsbeistand gemäß §10 Abs.5 AVG vor der Stellungskommission erschienen war, obwohl er wußte, daß eine Stellung im Beisein des Rechtsbeistandes nicht möglich sei (siehe: was bisher geschah).

Lukas Reaktion: Es sei bezeichnend für die Denkweise der Staatsanwaltschaft, daß sie die Ausnützung gesetzlich zugestander Rechte über Umwege unter Strafe stellen wolle. Für Redaktionsfehler und Ungenauigkeiten in Gesetzen sei das Parlament, und nicht er, verantwortlich. Und ob das Bundesheer über genügend große Räumlichkeiten zur Durchführung der Stellung verfügt oder nicht, sei auch nicht sein Problem, sondern jenes des Bundesheeres....

- Als Teil des Aktes wurde in Folge der Erweiterung auch das Flugblatt „Im Heer HERRscht Glied“ aufgenommen. Die Staatsanwaltschaft hat es als Beweis der



durchaus zur Sache gehörigen Zwischenrunden des Saales verwiesen.

Urteilsbegründungen, einfachheitshalber in einem zusammengefasst:

Weder Lukas noch Gregor könnten wegen „listiger Umtriebe zur Umgehung der Wehrpflicht“ verurteilt werden, da ihnen keinerlei listige Handlungen mit der zur Verurteilung notwendigen Sicherheit nachgewiesen werden können. Beide hätten nicht listig versucht, sich vor dem Bundesheer zu verbergen, sondern bewußt Stellungsbefehle ignoriert bzw bestehende Gesetzeslücken clever ausgenutzt. Ein solches Verhalten sei aber bestenfalls nach §59 WehrG verwaltungsrechtlich, und nicht gerichtlich strafbar. Das sei kein Freibrief für Totalverweigerer, meinte Richter Zimmermann, aber nach dem Buchstaben des Ge-

Verwerflichkeit des Angeklagten vorgelegt. Lukas verlangte daraufhin die Verlesung des Flugblattes. Wir zitieren hiermit Richter Zimmermann:

“Stell Dich quer

Die Stellung ist Deine erste Disziplinierung durch das Militär. Dein erster Tag in der ‘Schule der Nation’. Sinn und Zweck Deiner Musterung ist die Feststellung Deiner militärischen Nutzbarkeit als zukünftiger Soldat. Es geht nicht darum, ob Du in der Lage bist, im ‘Krieg’ vor Kindberg zu bestehen, sondern im Krieg an der Grenze oder gar am Golf. Es geht darum, ob aus Dir ein ‘guter’, sprich gehorsamer und entmündigter Soldat formen läßt. Und sei es nur, weil — wie Du im medizinischen Frageheft gefragt worden bist — Dein bisheriges Leben vollkommen sinnlos war.

(...) Seit vier Jahren beschäftigen sich in Wien Frauen und Männer der ‘Gruppe für Totalverweigerung’ mit jeder Form von Verweigerung. Ein Arbeitsbereich ist die Verweigerung des direkten staatlichen Arbeitsdienstes, d.h. sowohl des Militär- als auch des Zivildienstes.

(...) Durch die Verweigerung jeglichen Kriegsdienstes soll die Selbstverständlichkeit, mit dem ÖsterreicherInnen ‘ihrem Heer’ gegenüberstehen, gebrochen und eine Diskussion über dieses sowie über Staat, Gewalt, Macht, Vaterland usw. angezettelt werden.

Die Diskussion erscheint uns umso wichtiger, als das Bundesheer seine Legitimation, die nach dem Verschwinden der stalinistischen Regimes im ‘Osten’ abhanden ge-

kommen zu sein schien (tatsächlich hat diese gewaltverherrlichende Organisation nie über eine Existenzberechtigung verfügt!), durch seine neue Rolle als Grenzschutztruppe auf Kosten der Allerärmsten mit Gewalt wiederzuerlangen sucht.

Es ist schon pervers, wenn ein Staat, eine Regierung auf genau jene Menschen Jagd machen läßt, von deren Unfreiheit und Abhängigkeit (von Industrieländern wie Österreich) er/sie jahrzehntelang ökonomisch und politisch profitiert hat. Die absolute Menschenverachtung ist es, wenn diese Menschenhatz an der Grenze dazu dienen soll, Präsenzdiener ‘zu motivieren’, wie es Löschnak und Ex-Kriegsminister Lichal ausgedrückt haben.

(...) Den menschenverachtenden Zynismus des Bundesheeres und seiner Verantwortlichen nehmen wir nicht tatenlos hin. Weiterhin wird mit aller Kraft ZURÜCKGEFLEGELT.”

Die inzwischen verbotenen Passagen dieses Flugblattes haben wir — wir sind ja keine Selbstmörder — nicht abgedruckt!

• “...klarer Fall von Elfer” brummt der Staatsanwalt in Insider-Sprache vor sich hin, als Gregor wiederum nicht so reagiert, wie sich das Staatsanwalte nun ‘mal so vorstellen. Die Verwunderung der ZuseherInnen (“Gregor war gar nicht in Strafraumnähe...!”) legt sich erst nach und nach:

Der Staatsanwalt hatte gerade die psychiatrische Untersuchung Gregors beantragt!

§11 StGB: “Wer zur Zeit der Tat wegen einer Geisteskrankheit, wegen Schwach-

sinn, wegen einer tiefgreifenden Bewusstseinsstörung oder wegen einer anderen schweren, einem dieser Zustände gleichwertigen seelischen Störung unfähig ist, das Unrecht seiner Tat einzusehen oder nach dieser Einsicht zu handeln, handelt nicht schuldhaft.”

Ganz abgesehen von der Tatsache, daß weder Gregor noch Lukas fähig sind, das Unrecht ihrer ‘Tat’ einzusehen, entwickelt sich zwischen Richter und Gregor folgender Dialog:

R: “Der Staatsanwalt will, daß sie psychiatrisch untersucht werden, Herr T., haben’s das verstanden.”

G: “Ja”

R: “Und was sagen sie dazu?”

G: “Was soll ich sagen?”

R: “Na würden’s hingehen?”

G: “Das kommt drauf an.”

R: “Worauf?”

G: “Na zum G. werd’i net gehn, des is ja a Nazi. Wann i zu an Psychiater geh, will i ma den selber aussuchen.”

R: “Na, des geht net; den bestimmt schon das Gericht. Der muß ja ein gerichtlicher Sachverständiger sein”

Zwischenruferin: “Ja, so einer wie der Scrinzi” (wird des Saales verwiesen).

R: “Aber prinzipiell würdents schon zu einer Untersuchung gehen, Herr T.?”

G: “Naja...eher schon.”

R (sehr, sehr genervt): “Was heißt eher schon? Würdents da allein hingehen oder mit Rechtsbeistand?”

G: “Na schon eher mit Rechtsbeistand” (ZuseherInnen lachen).

R (mit empörter Stimme an den Staatsanwalt gewandt): “Also der Herr T. versteht sehr wohl, worum es geht. Der Antrag der Staatsanwaltschaft wird abgelehnt.”

Die Staatsanwaltschaft meldet sofort Berufung gegen die Entscheidung des Richters an.

Der Versuch, Menschen mit ‘abweichendem Sozialverhalten’ mit der Psychiatrie zu bedrohen, hat ebensolche Tradition wie der Versuch, Menschen für das Ausnutzen gesetzlich festgelegter “Rechte” zu kriminalisieren. Bei Lukas und Gregor sind die Versuche vorerst gescheitert, aber sie zeigen die Richtung an.

Und überhaupt: Sie sind nur “vorerst gescheitert”, denn die Staatsanwaltschaft hat in beiden Fällen Berufung angemeldet. Sie will’s genau wissen, wozu der Paragraph taugt....

**Gregor T. neuester Stellungsversuch**  
**So wollen sie ihn nicht!**

(TATblatt-Wien)

Am 19.2.91 war es wieder soweit. Gregor T., der am Vortag von der Anklage nach § 58 Wehrgesetz (listige Untriebe) freigesprochen wurde, hatte einen neuerlichen Stellungstermin für Dienstag, den 19.2.91, 7.30 Uhr. Pünktlich um halb 8 fand sich Gregor samt Rechtsbeistand (7 Personen) bei der Stellungskommission Wien ein. Die anwesenden Militaristen reagierten auf diese für sie nicht neue Situation gelassen. Nach kurzem Klarlegen der Standpunkte (Gregor besteht auf sein Recht, daß sein Rechtsbeistand beim Stellungsverfahren miteinzubeziehen ist; die Militärvertreter beharren darauf, daß die Durchführung der Stellung nur ohne Rechtsbeistand möglich ist), erklären sich die Militaristen bereit, Gregor zu bestätigen, daß er der Aufforderung zur Stellung nachgekommen sei, jedoch aus technischen und räumlichen Gründen die Durchführung des Stellungsverfahrens nicht in Anwesenheit des Rechtsbeistandes möglich ist. So konnten Gregor (mit der Bestätigung über sein Erscheinen) und sein Rechtsbeistand wieder abziehen; mit dem (guten?) Gefühl einmal mehr die Musterung zum Zweck militärischer Verwertbarkeit verhindert zu haben — zumindest bis zum nächsten Stellungstermin.

bezahlte Anzeige

Dieses Inserat ist dein Geschäfts-  
kart mit 500 Seiten. Gratis  
und leicht sich schon auf dein Kommen. Damit du recht bald kommst,  
sollst du den Anfang des Jahres nicht der bayerischen auf seine neuen Adresse  
MIL 10060, 2 062091111 (1111)

## Wieder Hausdurchsuchung in der Bürogemeinschaft Schottengasse!

(sch.mecks)

Nach den für Staatsanwaltschaft und Bundesheer unerfreulichen Freisprüchen für Gregor und Lukas verfielen erstere nicht in Trägheit. Die Spirale der Kriminalisierung von AntimilitaristInnen wurde noch einmal angezogen. Gegen Markus K., ebenfalls Totalverweigerer, läuft ein Verfahren wegen Übler Nachrede (§111 StGB), Beleidigung (§115 StGB), Öffentlicher Beleidigung des Bundesheeres (§116 StGB) sowie wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze (§281 StGB) und Aufforderung zu mit Strafe bedrohten Handlungen bzw Gutheißung mit Strafe bedrohter Handlungen (§282 StGB; alles zusammen natürlich "angeblich"). Er soll das Flugblatt "Im Heer HERRscht Glied" verteilt haben.....

Die Hausdurchsuchung in der Bürogemeinschaft Schottengasse (Arge für Wehrdienstverweigerung, Zivildienstler für Zivildienstler, SCI, EG-Oppositionsbüro, Zeitschrift für Antimilitarismus, Gruppe für Totalverweigerung,...) sollte zur Beschlagnahme besagten Flugblattes sowie einer "Selbstanzeige" der Gruppe für Totalverweigerung führen. Doch schmecks: weder das eine noch das andere konnte gefunden werden. Die Polizisten zogen unverrichteter Dinge wieder ab.

An Ort und Stelle blieb zurück aber eine Kopie des Beschlagnahmebeschlusses, aus dem wir wie folgt zitieren:

"Am 31.1.1991 verteilte Markus K. und noch auszuforschende unbekannte Täter vor dem Stellungshaus Elderschplatz 1024 Wien die (...) genannten Flugblätter. Das Flugblatt "Im Heer herrscht Glied" verwirklicht in seiner Gesamtheit mit der Zeichnung, die Soldaten mit einem übergroßen Penis als Rammbock darstellt den Tatbestand des §111 bzw. §115 StGB.

In dem Artikel "Stell dich quer" wird in dem Satz "Wenn Du ungehorsam bist, Weisungen der Militärs während der Stellung mißachtetest oder auch die ganze Stellung verweigertest und gleich nach Hause gehst, begehst Du keine Straftat, sondern lediglich eine Verwaltungsübertretung" zum Ungehorsam gegen Gesetze aufgefordert. In dem auf dem gleichen Flugblatt befindlichen Artikel unter der Überschrift "Totalverweigerer" wird Fasslabend (Verteidigungsminister) die Fortsetzung einer Menschenhatz vorgeworfen, was den Tatbestand des §111 StGB verwirklicht.

In dem Flugblatt "Selbstanzeige" und "Aufruf", welches zugleich Beilage der Zeitschrift Akin Nr. 3/90 (richtig wohl 91) ist, wird mit dem Satz "Damit dies geschieht fordere ich alle auf, Militärgesetze nicht zu beachten" der Tatbestand des §281 bzw. §282 StGB verwirklicht.

(...) Gemäß §38 Abs.1 MedienG ist die weitere Verbreitung der Medienstücke in einer Form verboten, in denen der strafbare Inhalt wahrnehmbar ist, ebenso die neuerliche Veröffentlichung der den Verdacht einer strafbaren Handlung begründenden Textes solange die Beschlagnahme dauert.

Landesgericht für Strafsachen Wien  
8., Landesgerichtsstraße 11  
Abt.26e, am 21.2.1991  
Dr. Werner Röggl

Bereits einmal war die Bürogemeinschaft Schottengasse nach einem Flugblatt "Im Heer HERRscht Glied" durchsucht worden. Erfolg: wie gehabt. Es dränge sich daher der Verdacht auf, daß es sich bei dem Antrag auf Beschlagnahme um eine Racheaktion der Staatsanwaltschaft für die verlorenen Prozesse vom 18.2.1991 handelte, meinen zumindest Angehörige der Gruppe für Totalverweigerung. Mögliches Indiz zur Untermauerung dieser Ansicht: *"Im letzten Beschlagnahmebeschluß wurde uns Aufforderung zu mit Strafe bedrohten Handlungen vorgeworfen. Wir haben den Text verändert, das lay-out aber gelassen. Den neuen Text haben sie zwar wieder wegen 'Aufforderung...' angezeigt, aber das ist er objektiv nicht. Der Text beschränkt sich ohne jegliche Wertung auf die Vermittlung von Tatsachen, nämlich den rechtlichen Folgen von Stellungsverweigerung. Mit dem Verfahren können sie scheißen gehen, und das wissen sie auch! deshalb haben sie jetzt auch die Zeichnung angezeigt, damit sie wenigstens den Funken einer Chance haben."*

In Verfahren wegen übler Nachrede kann der Wahrheitsbeweis angetreten werden.

Wieso gerade Markus K. angezeigt wurde, ist unklar. Die theoretisch drohende Höchststrafe beträgt zwei Jahr Haft.

## HUNGERSTREIK IN KARLAU ERFOLGREICH bekämpft

(Tatblatt)

150 Gefangene der Strafvollzugsanstalt Karlau befanden sich seit Mi.13.2. bis Sa.16.2. im Hungerstreik. Hauptforderungen waren, die Anwendung der 2/3- u. Halbstrafe einzusetzen sowie die HERRschenden Haftbedingungen zu ändern. Leider gibts hievon (die Haftbedingungen betreffend und so) noch nichts konkretes. Bekannt ist jedoch, daß die Rädelsführer (...) innerhalb von 24 Stunden in andere Gefängnisse (...) geschafft wurden.

KARLAU ist übrigens Strafvollzugsanstalt für Männer, welche Haftstrafen über ein Jahr abzusitzen haben, und befindet sich in der Steiermark. Genaueres aber sicher!! schon in der nächsten Nummer.

## 25 Millionen Schilling für Volkszählungs-Werbung in Wien

(TATblatt-Wien)

Mit einem Aufwand von 25 Mio öS soll uns Sinn und Zweck der Volkszählung klargemacht werden.

Der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien bereitet dazu ein Maßnahmenpaket vor, das u.a. eine Postwurfsendung an alle Wiener Haushalte, Inserateinschaltungen, Plakate, Hausanschläge und Rundfunkslots beinhaltet. Eine öffentliche Ausschreibung für Druck und Affichierung der vorgesehenen Hausanschläge liegt derzeit auf, welcheR sich darum bewerben möchte, kümmere sich darum!

the times of kangaroos are over.

austria is not australia.

**BLICKWECHSEL**

EINE SCHWULESISCHE ZEITSCHRIFT FÜR JEDEN

eine probenummer kann mann/frau bei der redaktion Blickwechsel, postfach 385, a-4010 linz bestellen. (pung 1990)

# Türkei: Vor den Toren des Gefängnisses

Folgender Bericht einer Frau aus der Türkei gibt einen kurzen Einblick in die politische Situation und in die Situation der Frau in diesem Land.

Die »Mütter« (der Gefangenen) waren die erste Gegenstimme gegen das faschistische Regime nach dem Militärputsch. Sie organisierten sich später im IHD (Menschenrechtsorganisation) und TAYAD, welcher inzwischen verboten ist, weil sich die Frauen angeblich "anderen Tätigkeiten" widmeten.

Seit 10 Jahren bemühen sich die Frauen um die Gefangenen und werden selbst als "Dorn im Auge des Staates" inhaftiert und gefoltert; 1989, während eines Hungerstreiks, wurde eine Frau von Polizisten zu Tode geprügelt, weil sie nicht von den Toren des Gefängnisses weichen wollte (Originalzitat: "Nur über meine Leiche!").

(Demokrat!)

"Ich war so ein normaler Mensch: meine Sorgen waren immer Kochen, Aufräumen, Putzen, .... Es ist mir immer so vorgekommen, wenn alles in meinem Haus in Ordnung wäre, dann könnten meine Kinder erfolgreicher studieren. Ich habe immer gedacht, daß die Gesetze der türkischen Republik sehr gerecht seien.

Es kam der 12. September (1980; faschistischer Militärputsch). Unser Leben war genauso, wie früher: Es gab ja nichts gegen uns. Natürlich haben wir auch diese Stille gespürt; wir haben ferngesehen, Zeitungen gelesen und erfahren, wer erwischt worden war. Nur so! Und ich habe immer geglaubt, daß die Menschen in dem Moment inhaftiert worden waren, als es in den Zeitungen stand.

Am 13. März 1981 ist mein Sohn vom Konservatorium nicht nach Hause gekommen. Um ihn zu suchen, habe ich mich auf die Straße begeben. Seit 10 Jahren ist dies immer noch mein Begehren. Als ich »draußen« war, habe ich zuerst gesehen, daß es in unserem Land gar keine Gerechtigkeit

gibt, in den Augen des Staates gab es keinen Wert des Menschenlebens. Wir waren die Menschen mit guten Absichten und sauber. Als wir im Zelt vor dem Selimiye<sup>1)</sup> warteten und die Gefangenen, die sich gegenseitig stützten, aus den Polizeibussen aussteigen sahen, haben wir Mütter uns gefragt, wo sie bloß all diese behinderten Leute zusammengesammelt hätten.

Bei uns ist die Frau das »Schloß der Tür«. In meinem 20-jährigen Eheleben habe ich das gelernt: Die Frau muß vor ihrem Mann zu Hause sein. Im 3. Jahrzehnt meiner Ehe hat es sich verändert. Ich komme jetzt später als alle anderen nach Hause. Mein Mann hat es gelernt, einen Schlüssel bei sich zu haben.

Was hat sich geändert? Ich habe bemerkt, daß die Hausarbeit nicht so wichtig

ist. Diese Auseinandersetzungen "Schwiegertochter — Schwiegermutter" wurden für mich unwichtig. Es langweilt mich, daß der Sohn so getan hätte und die Tochter so spät nach Hause gekommen wäre — ich kann nicht mehr meine Verwandten und NachbarInnen sehen, außer zu Geburts-, Todes- oder solchen Tagen. Natürlich haben wir die Festbesuche<sup>2)</sup> aus unserem Leben streichen müssen, weil wir die Feste vor den Toren der Gefängnisse verbracht haben. Wenn ich jetzt 2 Tage hintereinander zu Hause bleibe, fragt mein Mann: "Wie kannst du zu Hause sein?" und ich verstehe,



daß er sich Sorgen macht, ob mir etwas passiert sei.

Der 12. September hat uns Mütter den Kampf gelehrt. Er hat uns gelehrt, am Kampf unserer Kinder, die unter Folter und Unterdrückung leiden, teilzunehmen und ihre Stimmen nach Außen zu tragen. Ich habe gesehen, wie die Mütter sich militant und opferbereit gezeigt haben. Es wurde nur mit Fahrgeld in der Tasche dort hingefahren und vor den Gefängnistoren gewartet. Wir haben gewartet, weil unser Dortsein heißt, daß es für unsere Kinder Beschützerinnen gibt. Wenn es so ist, dann stört es sicher diese Verantwortlichen.

Sie waren alle ganz normale Menschen. Wenn sie überhaupt ein wenig Geld gehabt haben, so haben sie es nie ausgegeben, um 2 Groschen mehr Geld zu den Kindern in die Gefängnisse schicken zu können.

In den alten Schuhen immer nasse Füße, immer die selben Kleider. Ich habe die Volksschule absolviert, aber ich habe gesehen, wie die Analphabetinnen gekämpft haben. Es gab Mütter, die schreiben und lesen gelernt haben, um ihren Söhnen schreiben zu können.

Jetzt versuche ich im Menschenrechtsverein IHD alles zu tun, was ich tun kann. Also neben den Gefängnissen ist alles, was den Menschen angetan wird, alle antihumanistische Behandlung mein Problem. Ich sehe mich als Aufgabenträgerin für Menschenrechte. Wäsche und Abwasch sollen

ruhig liegen bleiben. Manchmal fühle ich mich so krank, daß ich aus dem Bett nicht aufstehen kann, aber dann, wenn ich etwas zu tun habe, dann stehe ich auf und am Ende des Tages komme ich gesund nach Hause zurück. Es ist so, als ob "etwas tun" mir Gesundheit schenken würde.

Seit 10 Jahren, trotz so vieler Schmerzen, bin ich noch immer glücklich. Nach 20-stündiger Fahrt, wenn ich in Gaziantep (Stadt in Kurdistan) ankomme und mein Kind umarme, verfliegt alle Müdigkeit. Es gibt natürlich auch Momente, in denen ich traurig bin. Tuncer (der Sohn) ist zu "lebenslanglich" verurteilt. Die Gefängnisse sind der wichtigste Teil meines Lebens. Die kleinsten Bedürfnisse derer zu decken, läßt mich sehr schöne Erlebnisse haben.

Warum bin ich noch glücklicher? Weil ich denke, daß ich nützlicher bin und noch sinnvoller lebe. Nach dem 12. September haben wir uns sofort vor den Gefängnistoren geliebt (die Mütter; Anm.), ohne auch nur die Namen voneinander zu kennen, weil wir etwas gemacht haben.

"Draußen" gibt es eine riesige Welt. Deswegen ist es wichtig, aus den "4 Wänden" herauszugehen. Wenn du einmal draußen bist, siehst du sehr viele Sachen, fängst du an, die Welt zu verstehen. Das

habe ich am 12. September gelernt. Aber nicht jedeR soll das so lernen, daß der 12. September kommt und das Herz schmerzt. Ich habe nach 45 Jahren sehr viele Sachen gelernt. Es gibt kein Höchstalter, etwas zu lernen. Aber, wie ich gesagt habe, sollen diese Schmerzen nicht durch das Erleben kennengelernt werden. Mensch muß alles sehen, ohne diese Schmerzen zu erleben. Mensch muß am Leben teilnehmen.

Ich will, daß die Frauen über die "4 Wände" springen, ich will, daß sie auf die Straßen gehen. Das Leben ist dort!" •

## Fußnoten:

1) Kaserne in Istanbul am Bosphoros; in der Zeit nach dem Putsch eine der berüchtlichsten Folterkammern der Türkei

2) Es gibt jährlich 2 religiöse Feste, bei denen sich die Menschen traditionellerweise gegenseitig besuchen

## Türkei/Kurdistan: Neue Freiheiten für KurdInnen?

**Die Ende Jänner versprochene Aufhebung des Verbots der kurdischen Sprache ließ aufhören und hoffen. Doch auch dieser Schritt ist nur eine Farce und ein Schritt weiter zur "Befriedung der kurdischen Frage" in der Türkei. Das kurdische Volk dient als Spielfigur am Schachbrett der Mächtigen.**

(Kurdistan-Rundbrief)  
Gesetzesentwurf zur kurdischen Sprache

Im Ministerrat des türkischen Parlaments ist ein Gesetzesentwurf zur Reform des Verbotes anderer Sprache als der türkischen eingebracht worden. Dieser Gesetzesentwurf sieht vor, daß die kurdische Sprache *innerhalb der Familie* erlaubt sein soll, *außerhalb* jedoch weiterhin verboten bleibt!!

Im bisherigen Gesetz ist türkisch "Muttersprache" und soll im neuen Gesetz als "Amtsprache" definiert werden. Von der kurdischen Sprache ist in dem Gesetzesentwurf nicht ausdrücklich die Rede. Es heißt darin, daß es "lokale Sprachen und Dialekte" gibt, die jedoch nicht gegenüber offiziellen Stellen verwendet werden dürfen. Auch Fernseh- und Rundfunk-sendungen sowie Bücher in kurdischer Sprache bleiben verboten. Auch bei Kundge-

bungen, Plakaten, Kassetten, etc bleibt kurdisch verboten. Die Strafe für Kurdisch-sprechen außerhalb der Familie soll von der bisherigen Gefängnisstrafe auf Geldstrafen zwischen zwei bis fünf Millionen TL gesenkt werden. Bei Verstoß gegen das Verbot der kurdischen Sprache im Erziehungswesen und Publikationen soll jedoch weiterhin eine Gefängnisstrafe zwischen sechs Monaten und zwei Jahren vorgesehen bleiben.

### BESCHLAGNAHME KRITISCHER ZEITSCHRIFTEN

Die Nummern 13 und 14 der Wochenzeitschrift »Yeni Ülke« wurden auf Beschluß des Staatssicherheitsgerichtes Istanbul beschlagnahmt. Als Begründung wurden die Artikel mit den Titeln "Nein zu Krieg" und "Man will die Kurden opfern: Kampf für die Freiheit" angegeben.

Das Staatssicherheitsgericht Istanbul hat auch die Wochenzeitschrift »2000'e Dogru« für zwei Monate verboten.

Auch die Monatszeitschrift »Özgürlük Dünyası« (»Freiheitswelt«) wurde vom Staatssicherheitsgericht Istanbul nach §142 wegen "Separatismuspropaganda" beschlagnahmt. •



Guerrillacamp in Uludere

*Solidaritätsinserat, weil die selbstverwaltete Tischlerei eingeht, wenn sich nicht ein paar geldige Leute finden, die dringend Möbel brauchen.*

**JETZT MUSS WAS GESCHETTES WER!**

Möbel aus der

\* Tischlerei in Selbstverwaltung

1170 WIEN FRAUENFELDERSTRASSE 5 TEL: 0222/45 74 53

HERMANN  
KOLB  
KUNSTPOSTE

**NUR SCH. RECORDS**

01 IEP "move/gehen" EP  
04 BÖHM ohne KÖB "south of heaven/ spill the blood" 7"EP  
05 IEP "jazz" 7"  
06 HP ZINKER "live" LP/MC  
07 LOUD/LAUT "zwischen durch abdrehen" MC  
08 EXTENDED VERSIONS LP  
09 UNCLE WIGGLY "he went there so why don't we go." LP/MC  
10 LOUD/LAUT "in NY" cassingle  
11 MAZ PANIAC LP/MC  
12 ATTWENGER cassingle  
13 NOTHING NEW cassingle  
14 PLATZLINGER "the end" MC  
15 CONCERTNIGHTS IN VIENNA  
margarete strakas - stickeralbum  
16 IBK--SAMPLER 1990 7"/booklet  
17 WALL DRUG cassingle  
19 AFTERTOUCHE LP/MC (ab märz 91)  
20 NUR SCH: SAMPLER "das ganze piece 90" MC  
21 NUR SCH: JAHRBUCH 1990 (ab märz 91)

nur sch. recd.  
joseftal 21  
4311 schwerberg  
od. postfach 355  
1081 wien

AUSTRIA

# TATblatt VolxVERzählungs

## Ecke

# Formen des Protestes

Nun gibt es sie endlich: die erste, auf österreichische Verhältnisse zugeschnittene Ideensammlung für den Volkszählungsboykott — von extrahart bis extraweich:

Ungeachtet der Gefahr, daß wir uns im einen oder anderen Punkt wiederholen, veröffentlichen wir nun im Folgenden die neue stichwortartige Ideensammlung:

(tja, plötzlich öffnete sich die Tür und herein kam dieses Blatt Papier, auf dem das folgendes zu lesen stand...  
Ehe wir jedoch beginnen noch ein kleiner Hinweis an Stapo und ähnliche: Dieser Artikel ist zwar nicht gezeichnet, dennoch handelt es sich um keinen Redaktionsbeitrag. Vielmehr ist er anonymen Herkunft, und muß — wie das Beiträge im TATblatt so an sich haben — nicht der Redaktionsmeinung entsprechen. Damit sei in aller gebotener Form darauf hingewiesen, daß die Redaktion offiziell nicht dazu aufruft, irgendein noch so absurdes Gesetz zu mißachten. Vielmehr ist dieser Text zu reinen Dokumentationszwecken aufgenommen worden. Huh!)

(1)

### AUSFÜLLEN — ABER MANGELHAFT (einfacher, nicht sanktionierter Protest)

- einzelne Fragen nicht ausfüllen (zB Religionsbekenntnis)
- einzelne Fragen falsch beantworten (zB arbeitslos, Religion = evangelisch)

falls Rückfragen kommen: entweder nun Antwort geben oder weiter bei (2).

**Ablauf:** im Allgemeinen sind keine Rückfragen der Gemeinde zu erwarten. Eventuell Ersatzeintragung durch das Statistische Zentralamt (ÖStZ)(zufallsverteilt). Bei landesweiter organisierter Falschausfüllung eventuell spätere Rückfragen (die Behörde kann aber keinen Beweis für die Richtigkeit der Angaben verlangen)

#### Ergebnis:

bei individueller Falsch/Nicht-Antwort:  
keine Beeinflussung des VZ-Ergebnisses  
bei organisierter Vorgangsweise:

fällt es einerseits als Ausdruck der Unzufriedenheit auf, eventuell sind einzelne Fragen nicht auswertbar (zB Religionsbekenntnis)

[Anmerkung jenes Windes, der das Flugblatt dem Tipper zugeweht hat: In diversen Diskussionen kristallisierte sich als sinnvollste Falschauskunft die Angabe "arbeitslos" an. Erstens wird da — quasi als Nebeneffekt — die sehr kosmetisch verfälschte Arbeitslosenzahl nach oben korrigiert werden, zweitens fällt dabei ein großer Teil der weiteren Fragen automatisch weg, die sich auf Arbeitsplatz, Weg zum Arbeitsplatz etc beziehen. Es fällt also eine sinnvolle Falschauskunft, die ja auch nicht bei den automatischen Plausibilitätskontrollen (das sind Kontrollen, bei welchen automatisch rausgefunden wird, wenn sich die Antwort

ten auf irgendwelche Fragen gegenseitig widersprechen — zB fünfjährige Großväter) rausfallen soll, leichter....]

(2)

### NICHT AUSFÜLLEN; TOT ODER DUMM STELLEN Gesellschaftsspiel mit der Behörde

- nicht da sein; auf Urlaub fahren; nicht zuhause sein, keine Bögen entgegennehmen (zB in StudentInnenheimen)  
keine Türen öffnen, keine Telefonanrufe beantworten, keine RSA/RSB-Briefe der Gemeinde entgegennehmen/abholen; es sind bei ZählerInnenbesuch grundsätzlich nur Leute in der Wohnung anwesend, die Blumen gießen, die Katze füttern, etc.
- keine oder falsche Namensschilder an Türen und Briefkästen
- Bögen verlieren; sich jedesmal neue geben lassen; wenn die Zählperson wiederkommt
- nicht ausgefüllte Bögen im VolksVERzählungsbüro abgeben (gesammelte Anzahl kann laufend veröffentlicht werden)

### Wir bedauern!

Aufgrund von Gründen entfiel im letzten TATblatt leider ausnahmsweise die VolxVERzählungsecke. Nicht, daß sie nicht geschrieben gewesen wäre, nein!, sie war fix und fertig, sogar schon layoutiert und so. Die fertige Diskette hat nur leider nicht ihren Weg in die TATblatt-Zentrale gefunden.

Dies ist insbesondere deswegen bedauerlich, weil der Eröffnungstermin des neuen VolxVERzählungsbüros extra mit dem Erscheinen des TATblatts abgestimmt worden ist.

Doch was soll's?

Tschuldigung, wird ganz bestimmt wieder vorkommen!

- ZählerIn sagen, man/frau habe den Fragebogen brieflich zurückgesendet (kann ja eventuell auf dem Postweg verlorengegangen sein — muß ja nicht eingeschrieben passiert sein)
- Brief eingeschrieben ans ÖStZ schicken (mit oder — noch besser: — ohne Fragebögen) und Aufgabeschein dem Zähler/der Zählerin/der Gemeinde vorlegen
- Fragebögen brieflich zurücksenden (ans ÖStZ, dem Bürgermeister privat, eingeschrieben, eigenhändig, ohne Postvollmacht, ..., an den Bundespräsidenten, an das Salzamt, etc)
- Fragebögen getrennt verschicken (wegen Datenschutz!), auch an verschiedenen Adressaten
- ausgefüllte Fragebögen durch den Reißwolf, Aktenvernichter drehen und dann vorschriftsgemäß einschicken
- den Ausweis des Zählers/der Zählerin

# N E U :

## VolksVERzählungs-Büro

im "Chuzpe";

Wien 9, Marktgasse 21;

Dienstag und Donnerstag 17 — 19 Uhr;

Freitag 19 — 21 Uhr

## VolksVERzählungs-Telefon

(0222) 34 50 542

Dienstag und Donnerstag 17 — 19 Uhr;

Freitag 19 — 21 Uhr

weitere Büros und Telefone sind geplant

kontrollieren (mit Adresse) und ihn/ihr später einmal besuchen (eventuell gemeinsam mit anderen Gezählten)[find ich scheiße, da zum Zählen neben Freiwilligen ja auch arme unschuldige Gemeindebedienstete zwangsverpflichtet werden; Anm d Tippers]

- VolkszählerInnen-Zählung (es wird vom Zähler/der Zählerin verlangt, es/sie soll einen Fragebogen für VolkszählerInnen beantworten)
- nur persisch, griechisch, indisch,... mit den Zählenden sprechen
- den Zählenden erklären, daß jetzt gerade Sport, ZiB, Werbung, Bundeshymne oder wichtige Informationen über die Volkszählung im Fernsehen zu sehen sind, man/frau deshalb jetzt keine Zeit hat und er/sie doch bitte ein anderes Mal wiederkommen soll
- am Zähltag ummelden (dh es ist nicht geregelt, wo man/frau überhaupt auskunftspflichtig ist)
- knapp vor dem Zähltag ummelden (dh man/frau ist an der alten Adresse nicht mehr auskunftspflichtig und an der neuen Adresse den Zählenden noch nicht bekannt)
- viele Rückfragen stellen (zB am Zähltag umgezogen: welcher ist der ordentliche Wohnsitz?...); schriftliche Rückfragen ans ÖStZ (zB Berechnung der Wohnungsgröße, welche Nebenräume gehören dazu, Beifügen einer Skizze,...), Fragebögen sind zu kompliziert
- man/frau hat vergessen, sich abzumelden und wohnt gar nicht mehr hier (dh es besteht keine Auskunftspflicht)

angemeldete Personen wohnen nicht hier (die polizeiliche Anmeldung ist nämlich ohne Wissen des/der Wohnungseigentümers/In möglich)

(es sind keine Strafen möglich, da für Angaben anlässlich der VZ eine strenge Geheimhaltungspflicht besteht)

- Fragebögen beschädigen (zB beim Entgegennehmen knicken; siehe auch "Wie funktioniert der Belegleser des ÖStZ?" im letzten TATblatt oder im VZ-Reader)
- auf Vorladungen warten, zur Vorladung nicht hingehen (wenn sie nicht RSa oder RSb kommt kann sie ja sogar ohne weiters am Postweg verlorengegangen sein); im Amt hat man/frau dann die Sachverhalte nicht im Kopf; Dokumente vergessen,...
- Fragen sehr frei beantworten, sehr allgemeine Antworten geben, unleserlich schreiben
- zusätzliche Personen erfinden, und für diese Fragebögen ausfüllen
- auf Bögen herumradieren — bei Beanstandung: Bögen waren mit Bleistift ausgefüllt, wurden evtl von anderen Personen geändert (am Postweg?)[damit liebe sich im Ernstfall jede Falschantwort begründen; Anm dT]
- schließlich nach langer Zeit doch ausfüllen
- ev weiter zu (3)

**Ablauf** (individuell verschieden):  
Belästigungen durch den Zähler/die Zählerin und die Gemeinde, zB Vorladungen (wie lange?; evtl einige Monate)  
Vorsicht beim Briefträger (RSa/RSb-

Briefe), unbekanntem BesucherInnen und Telefonanrufen

evtl Ersatzausfüllung durch die Gemeinde (nur Grunddaten vom Meldezettel, evtl von der Lohnsteuerkarte und den Haushaltslisten des Finanzamtes)

evtl Ersatzeintragung im ÖStZ (zufallsverteilt)

**Ergebnis:** Ausmaß des Protest wird von den Behörden und dem ÖStZ registriert und wird in Planungen der nächsten VZ einfließen ("Diese VZ ist gleichzeitig die Abstimmung über die nächste!"); bei Ersatzausfüllung sind die Fragebögen nur zum Teil ausgefüllt

(3)

### OFFENE VERWEIGERUNG, RECHTMITTEL EINLEGEN juristischer Protest (den Rechtsweg gehen)

●nach Empfang der Fragebögen oder eines Strafbescheides Berufung erheben und durch die Instanzen bis zum VfGH/VwGH [zu deutsch: Verfassungsgerichtshof/Verwaltungsgerichtshof; Anm] gehen

**Ablauf:** Ersatzausfüllung durch die Gemeinde (nur Grunddaten zB vom Meldezettel, evtl von der Lohnsteuerkarte und den Haushaltslisten des Finanzamtes)

Ersatzeintragung im ÖStZ (zufallsverteilt)

Papierkrieg mit den Behörden, Beru-

fungsfrieten einhalten!

Berufungen bis zum VfGH/VwGH (kann mehrere Jahre dauern)

Anwalts/Anwältinnenkosten (kann man/frau eventuell mit anderen Personen teilen, dh eine Streitgemeinschaft gründen!)

evtl Verfahrenskosten, Kosten für Strafe

**Ergebnis:**  
bei Verlust des Verfahrens:

Antworten kommen nicht mehr in den Computer, da die VZ bis dahin längst ausgewertet sein wird

bei Gewinn des Verfahrens:

VZ wird vom VfGH für unzulässig erklärt ●

# „Zählwerk“

## Neue Grazer Volxzählungszeitung

(TATblatt Graz/Wien)

Alle 14 Tage soll fortan eine neue Zeitung, die extra für die Anti-Volkszählungskampagne gegründet wurde, erscheinen: Zählwerk heißt sie. Als Schwerpunkte sind vorgesehen: Datenschutz, historische Abriße, Volxzählung und EG, Auswirkungen der Volxzählung auf die Wohnungs- und Arbeitssituation, Infos aus der BRD und der Schweiz, und Tips, wie Daten am besten der VolxVERzählung dienen.

Voraussichtlich her Erscheinungstermin der zweiten Ausgabe ist der 20. Feber.

Das Zählwerk ist in der GEWI an der Grazer ÖH erhältlich (Schubertstraße 2 bis 4, Zimmer 5 — eher Mit-

tags), sowie im Handverkauf und überall dort in Graz, wo es auch das TATblatt gibt.

In Graz gibt es übrigens auch eine regelmäßige Arbeitsgruppe gegen die Volxzählung. Die Treffen finden jeden Dienstag um 18 Uhr im GEWI-Zimmer (Zimmer 5) in der ÖH der Uni, Schubertstraße 2—4 statt. ●



### VOLXZÄHLUNG: VRANZ MACHT INVENTUR

Mit dem Stichtag 25. Mai 1991 wird in Österreich wieder einmal — wie alle 10 Jahre — eine sogenannte Volxzählung durchgeführt werden. Doch der Name täuscht, denn: es wird längst nicht nur gezählt, sondern es werden in hohem Ausmaß auch persönliche Daten erhoben. Die Erhebung dieser Daten wird dem Staat 1991 mindestens 650 Mio. Schilling wert sein müssen; allein in Graz sind dazu 6,5 t Papier eingetroffen...

## VOLX-VER-ZÄHLUNGS-READER

Immer noch erhältlich ist freilich der von der Initiative Informatik-Betroffener (IIB) herausgegebene "Volx-VER-zählungs-reader". Er enthält neben einigen g'schissenen Illustrationen viel wissenswertes: Gesetzestexte, historischer Überblick, allgemeines, u.v.a.

Der Reader ist zum Preis von S 90,— plus S 10,— Porto bei der IIB; 1015 Wien; Postfach 168 oder beim TATblatt erhältlich. Außerdem ist er in den meisten Buchhandlungen, wo es auch das TATblatt gibt, erhältlich.

# BIST ALLAN, BIST DASCHOSSN !

Tatort: Altbauwohnung, Hauptmiete, weder Bad noch Dusche, laut Gesetz Kategorie C, reale Miete 4800.-, gesetzlicher Mietzins 2100.-, rückwirkend 50000.- zuviel.

Wir reichten einen Antrag auf Mietzinsausgleich beim Schlichtungsamt ein, vertreten durch den MieterInnenschutzverband. Logische Folgen wäre eine Verhandlung in aller Ruhe, Senkung des Mietzinses und Rückzahlung. Und nun.

die tatsächlichen Folgen chronologisch geordnet:

Mo, 11.2.: zwischen 12 und 13 Uhr läßt die Vermieterin das Schloß austauschen und wühlt in unseren Sachen.

13-16 Uhr: eine Spedition räumt die GESAMTE Wohnung aus.

17 Uhr: eine von kommt "nach Hause" und kommt nicht mehr hinein; eine Nachbarin erzählt, daß wir am Nachmittag delugiert worden sind!???

20 Uhr: erster Versuch bei der Polizei Anzeige zu erstatten, schlägt fehl.

Di, 12.2.: 8 Uhr Lagebesprechung mit den in der Nacht aus Innsbruck Heimgekehrten. Auf zum MieterInnensprechtag am Gericht. Ihr Rat: auf alle Fälle Anzeige bei der Polizei und gleichzeitig Besitzstörungsklage; "aber versucht es noch im Guten, ruft's die Vermieterin an"

11 Uhr: zweiter Versuch bei der Polizei Anzeige zu erstatten (diesmal zu viert) schlägt fehl. ("unser" Beamte ist befangen, weil er die Vermieterin kennt, "aber das macht nix. Ich werd mit ihr reden"). Wir beharren auf unserem Recht, eine Anzeige zu erstatten; der Beamte und später sein Vorgesetzter: "Was wir müssen, wissen wir selbst!" Beschuldigungen uns gegenüber häufen sich, nach einer 3/4 Stunde wird uns klar, daß sie uns einfach nicht glauben (vielleicht weil Faschingsdienstag ist) und/oder auf ihrer Seite stehen (wie denn auch sonst). Wir hauen ab.

Wir wissen noch immer nicht, wo unsere Sachen sind, Bargeld (17000.-), Scheckkarte, Schecks, Kontokarte, Ausweise, ... alles verschwunden. Irgendwo. Langsam dämmert's uns, daß wir eineN AnwaltIn brauchen, nur Verwirrung und überall anstehen.

13 Uhr: endlich Vermieterin erreicht: "Ich weiß auch nicht, was passiert ist. Ich habe einen gerichtlichen Bescheid bekommen und mußte die Wohnung aufsperrn. Die Sachen sind bei der Spedition Koller, der Schlüssel am Gericht. Ihr könnt's aber gern mein Auto haben und die Sachen zu einer Freundin stellen (Anmerkung: Flügel, Waschmaschine, Duschkabine, ... eine ganze Wohnung)

Anruf bei der Spedition: AuftraggeberIn

für die Räumung war die Familie Geißler (??? Anm. Tb. Wien), nicht das Gericht. (So ein Bescheid fällt ja nicht vom Himmel, außer manchmal)

Erreichen keine RechtsanwältInnen (weil Faschingsgaude), außer einen unbekanntem, aber empfohlenen.

18 Uhr: ein befreundeter Rechtsanwalt aus Wien empfiehlt uns, sofort wieder in die Wohnung zu gehen. Wenn wir das Schloß aufbrechen und wieder drinnen sind, haben wir eine bessere Position. Ihre Chance ist nämlich, daß sie sofort NachmieterInnen hat, folglich wir keinen Zugang zur Wohnung mehr haben, auch wenn wir vor Gericht Recht bekommen. Dafür gibt's auch eine ganz legale Grundlage, nennt sich "Besitzkehr" (falls es einmal mensch braucht:



ist, wenn du dir etwas zurückholst, was dir sowieso gehört - ob sie damit alle Häuser, das ganze Land meinen ?)

So gesagt, so geschehen. Wir sind wieder drinnen. Zitter, zitter, ein Gefühl wie bei einer Besetzung.

Mi, 13.2.: 9 Uhr Rechtsanwalt: redet uns mit Kinder und Mädchen an und meint: "Wenn ihr in die Wohnung hineingegangen seid, kann ich keine Besitzstörungsklage mehr machen". Hm, warum?

10 Uhr 30: Verhandlung beim Schlichtungsamt

Die Vermieterin läßt sich durch ihren Mann vertreten, der plötzlich als Hauptmieter auftritt und den wir noch nie zuvor gesehen haben. "Ist die Verhandlung überhaupt noch möglich? Seit 2 Tagen ist das Mietverhältnis ja beendet!! Dem ist aber nicht so, kann mensch auch machen, wenn sie/er gar nicht mehr dort wohnt. Für die eigenmächtig Räumung "stehe er g'rad" und bietet uns 50000.- und "dann sehen wir uns nie mehr wieder", denn "die Wohnung hat ausg'schaut wie ein Schweinestall.... Meine Frau und ich waren in letzter Zeit öfters IN der Wohnung, haben die Leute beobachtet". (auch die Namen aus unserem Postkasten haben sie entfernt, d.h. sie haben auch dafür einen Schlüssel). Zwischen Sprachlosigkeit und Wutausbrüchen unsererseits er-

zählt er dann, daß er einem alten Menschen 200.000.- gegeben habe, damit er aus dieser mieterInnengeschützten Wohnung auszieht, und "irgendwie muß er das Geld wieder reinkriegen, deshalb die teure Miete".

Das Schlichtungsamt gibt uns Recht, aber zur genauen Berechnung der Miete fehlen noch Unterlagen, d.h. eine weitere Verhandlung.

16 Uhr: ein anderer Rechtsanwalt. Endlich ein Mensch, der sich für uns einsetzt. "Als erstes müssen wir die Sachen wieder bekommen. Wegen der Polizei können wir eine Beschwerde schreiben, aber viel passieren wird da nicht. Ihr müßt auf jeden Fall in die Wohnung, haltet Wache, leihet euch Betten aus". Die Spedition verspricht, die Sachen am nächsten Tag 14 Uhr zu liefern.

Do, 14.2.: 14 Uhr 15: Die Spedition liefert nicht, weil der "Hauptmieter" den Transport verbietet. (wie gesagt: UNSERE Sachen).

14 Uhr 45: dritter Versuch Anzeige zu erstatten, schlägt fehl.

Wir berufen eine Pressekonferenz für 17 Uhr 30 in unserer Wohnung ein.

15 Uhr: unser Rechtsanwalt klärt die Polizei über ihre Pflichten auf, endlich reagieren sie.

15 Uhr 15: in Anwesenheit einer von uns und der Polizei erklärt sich die Spedition bereit, unsere Sachen herauszugeben.

15 Uhr 15 in der Wohnung: Vermieterin steht mit dem Schlüsseldienst vor der Tür und will aufbrechen. Aus der Wohnung: "O.k., ich rufe die Polizei". Der Schlüsseldienst schreckt zurück, das VermieterInnenehepaar will abhauen, wird von der Polizei zurückgeholt (oho!) und darüber aufgeklärt, daß das Einbruch ist

15 Uhr 30: Ein erster Triumph - die Spedition tragen die ersten Sachen die Stiegen herauf. Dann die ersten Schocks: alle Pflanzen sind erforen, Bilder/Plakate zerknüllt, zerrissen, in den Schächeln alles durcheinander, aus allen Zimmern Sachen in einer Schachtel, neben Gläsern, Lebensmitteln, volle Aschenbecher, Briefe, ... - 15.000.(!!) sind verschwunden. Was sie sonst noch gesucht hat? Vielleicht die Mietbestätigungen, die wir immer bar zahlen müssen?

17 Uhr 30: Pressekonferenz. Die Zeitungen kommen, andere Leute vom Haus auch noch, die in Folge auch beschließen, Miete einzuklagen!

Noch immer sind wir ziemlich unruhig, innere Rastlosigkeit, Angst vor der nächsten Aktion der Vermieterin. Bei jedem Geräusch erschrecken wir, keine von uns will alleine in der Wohnung sein.

15.2.: Obwohl dem Rechtsanwalt zugesichert, schlägt unser vierter Versuch, eine

Anzeige zu erstatten, fehl. "Was wollt ihr schon wieder. Schlecht's euch. Typisch Frauen.... Wir haben schon viel zu viel für euch getan usw." Beinahe wäre er handgreiflich geworden.

Derzeitige Lage: Wir sind im Recht. Wir sind in der Wohnung, weil wir selber gehandelt haben. Die Leute im Haus bestärken uns, nennen uns mutig (die Vermieterin hat schon viele andere Sachen geliefert bei uns im Haus)

Unsere Bilanz: die ganze letzte Woche verschissen

- von wohlfühlen keine Rede
- die Bullen reagieren erst durch den Druck vom Rechtsanwalt
- Anzeigen werden nicht aufgenommen
- Auskünfte bekommen wir nicht, weil sie uns für LügnerInnen halten
- die Spedition räumt auch ohne gerichtlichen Bescheid
- das Bargeld können wir uns wahrscheinlich in die Haare schmieren
- die Willkür von VermieterInnen kennt keine Grenzen
- wir sind total am Sand
- für Wut, Angst, Streß gibt's keinen "Schadenersatz"

Aber nixdestotrotz soll dieser Artikel dazu ermutigen, den Kampf mit VermieterInnen aufzunehmen. Ein ganz legaler Weg dazu ist, die Miete einzuklagen. Sollten möglichst viele tun und möglichst bald, bevor die ganzen Mietzinskategorien aufgehoben werden. Wichtig ist: nicht alleine, denn "Bist allan, bist daschossn" (Zitat von uns)!

## Keine EXPO! Keine 2. Wiener City!

(TATblatt-Wien)

Während am EXPO-Gelände eifrig gebuddelt wird, rührt sich an Widerstand — (nahezu) nichts.

Ein (leises?) Zeichen setzt das neugegründete »Komitee zur Verhinderung der EXPO/2. Wiener City und Förderung von Alternativen«, das sich aus verschiedenen BürgerInneninitiativen und Einzelpersonen zusammensetzt: Es initiierte eine Volksbefragung in Wien mit dem Titel: »Sollen die Gebiete rund um die UNO-City und auf der Donauinsel für die EXPO und die 2. Wiener City verbaut werden?«. Wie bei jeder Volksbefragung in Wien werden auch hier 57.000 Unterschriften gebraucht, damit sie amtlicherseits behandelt werden muß.

Damit sich wenigstens irgendetwas tut, haben wir also diese Unterschriftenlisten in diesem TATblatt (nur in Wien, andere dürfen nicht unterschreiben) beigelegt, weitere können beim Komitee angefordert werden: Postfach 159, 1220 Wien •

# El Salvador: Vor den Wahlen

Nur 4 Wochen vor den geplanten Parlaments- und Kommunalwahlen am 10. März 1991 ging das Redaktionsgebäude der kritischen Tageszeitung »Diario Latino« in Flammen auf. Eine Offensive der Armee gegen die Guerilla während einer erklärten Waffenruhe, Übergriffe auf die Zivilbevölkerung, Behinderung der oppositionellen WahlwerberInnen und ähnliches lassen eine Hoffnung auf politischen Veränderung gar nicht erst aufkommen.

(APIA, ides, TATblatt-Wien)

In den frühen Morgenstunden drangen Unbekannte in das Redaktionsgebäude der »Diario Latino« ein und steckten es, nachdem sie die Archive durchwühlt hatten, in Brand. Redaktionsräume, Maschinen und Druckerei brannten völlig aus. Die Polizei war bei ihrem Eintreffen am Tatort vor allem bemüht, Indizien verschwinden zu lassen: ein Benzinfäß und mehrere Lunten wurden eilig abtransportiert.

Der Direktor der Zeitung, Francisco Valencia, verdächtigt die Streitkräfte und macht auch die Regierung unter Präsident Cristiani für den Brandanschlag verantwortlich. Nur allzu oft hatten Militärs und Regierungsfunktionäre die einzige kritische Tageszeitung als Sprachrohr der FMLN-Guerilla bezeichnet. In der völlig militarisierten Hauptstadt können sich außerdem nur Soldaten nachts ungehindert bewegen.

»Diario Latino« war erst vor knapp 2 Jahren — wegen Verschuldung von der Einstellung bedroht — von gewerkschaftlich organisierten JournalistInnen in Selbstverwaltung übernommen worden. Unter dem neuen Redaktionskollektiv entwickelte sich das Blatt zu einer Tageszeitung mit hohem Informationsgehalt — äußerst ungewöhnlich für El Salvador — und konnte seine Auflage verdoppeln. Als im Oktober 90 die Guerilla eine Luftwaffenbasis angriff, mußten sogar 2000 Exemplare mehr gedruckt werden, denn "die Leute wußten, daß die anderen Blätter einen Teil der Wahrheit verschleiern würden" (Francisco Valencia)

Vier Wochen vor den Parlaments- und Kommunalwahlen, an denen sich auch vier linke Parteien beteiligen wollen, ist die Opposition nun eines wichtigen Mediums beraubt. Die soziodemokratische Parteienallianz »Demokratische Konvergenz« und die

KP-nahe »Nationalistisch Demokratische Union« (UDN) hoffen trotzdem, daß sie gemeinsam mit den Christdemokraten die parlamentarische Mehrheit der regierenden rechtsextremen ARENA brechen können. Die Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) hat bereits angekündigt, daß sie



In den befreiten Gebieten von El Salvador

auch diese Wahlen nicht anerkennen wird, da sie in einem Klima von Terror und mangelnden Garantien für die Opposition stattfinden. Außerdem könne nur der politische Dialog und die Entmilitarisierung des Landes zu einem dauerhaften Frieden führen. (Eben bekamen wir die Nachricht, daß die FMLN erstmals doch nicht zu einem Wahlboykott aufruft. Und zwar, weil die Christdemokraten und das Mitte-Links-Bündnis der Convergencia Democratica eine Alternative für das Volk seien. Diese Nachricht konnten wir aber bisher nicht verifizieren (und wollen sie auch gar nicht glauben); Anm. TATblatt)

Die Linksparteien können zwar — mit einigen Schwierigkeiten — Wahlkampf betreiben, doch in vielen Dörfern und Provinzstädten wagt es keineR, sich öffentlich zur Convergencia Democratica oder gar UDN zu bekennen. Wer sich für diese Parteien als BürgermeisterInnenkandidat aufstellen ließe, müßte um sein/ihr Leben fürchten.

Erst im vergangenen Jänner haben Militärs eine fünfzehnköpfige Familie in einem Dorf nördlich der Hauptstadt nachts massakriert. Die Campesinos/as hatten für die FMLN Botendienste geleistet.

Am 13. Jänner kam es in Segundo Montes zu einem Angriff mit chemischen Substanzen auf RücksiedlerInnen: Laut Zeugnisaussagen warfen Militärs eine giftige, pulverförmige Substanz in eine Versammlung der Gemeinde, die die Freilassung von drei Companeros/as forderten, die von besagter Militäreinheit gefangen genommen worden waren. "Als wir die Freilassung unserer Mitglieder forderten, beleidigten und schlugen uns die Soldaten und bewarfen uns mit einem Pulver, das uns die Haut und das Gesicht verbrannte und Erstickungsanfälle auslöste", erzählte eine Rücksiedlerin. Ein anderer Zeuge berichtete, daß Personen, die mit dem Pulver in Berührung kamen, unter Übelkeit und Stichen im ganzen Körper litten, daß sie weder schlafen noch essen konnten und die Kinder die ganze Nacht erbrachen und weinten.

Seit der Erschießung zweier gefangener verletzter US-Militärs durch Guerilleros zu Jahresbeginn hat die Armee wieder etwas politischen Aufwind. Die USA sandte bereits 42,5 Mio Dollar Militärhilfe in Form von Kampfhubschraubern und Jagdflugzeugen nach El Salvador. Während einer proklamierten Waffenruhe wegen einer landesweiten Impfaktion versuchte die Armee in die Widerstandszentren einzudringen und die Guerilla aufzureiben.

Ruben Zamora, Parlamentskandidat für die Convergencia Democratica, wurde trotz zugesagter Bewegungsfreiheit und freier Ausübung der Wahlkampagne auf seiner Reise in einen anderen Wahlbezirk von einer Militärsperre gestoppt.

Die Kirche, Volksorganisationen und »Dario Latino« machen Armee und die Regierung für die verschiedenen Terror-Akte verantwortlich und prophezeien ein dementsprechend geringes Interesse an den Wahlen. ●

## DVU in Passau

(TATblatt-Wien)

Nach uns vorliegenden — allerdings ganz spärlichen — Informationen verlief die Großveranstaltung der Deutschen Volks-Union in Passau am letzten Wochenende halbwegs ruhig. Während der Herausgeber der National- und Deutschen Wochenzeitung, Gerhard Frey um Sympathien für die gegen Israel kämpfenden Araber warb, korrigierten ihn glatzköpfige Jungfaschos mit "Ausländer raus"-Parolen. Skinheads sorgten für Ausschreitungen gegenüber PassantInnen und zogen abends vor das Jugendzentrum Zeughaus, wo ein Antifakonzert stattfand, wurden dort aber abgewehrt. Nach Berichten der Polizei wurden im Laufe des Tages 60 Rechtsradikale festgenommen. An einer Gegendemonstration "gegen Nationalismus, Rassismus und Sexismus" beteiligten sich nur etwa 300 bis 400 Personen.

# TATblatt-FEST TATblatt-FEST TATblatt-FEST

am *Fr. 15. März 1991*, in der Technischen Universität  
Wien, Karlsplatz 13 Eingang Resselgasse, 3. Stock, Zeichensaal 7

mit vielen Überraschungen (sicher auch LIVE-BANDS, die noch bekanntgeben werden)!!!

**Denn wir brauchen Kohle !!!**

(nicht Stein- und auch nicht Braun-, sondern richtiges Geld um Prozeßkosten etc. abdecken zu können!)



### Was fehlt

+ unserem Fotografen ein Film, den er auf der "Opernballdemo" am 7.2.91 (Ecke Schönburggasse/ Rainergasse) verloren hat.

Falls ihn nicht die Kiwara gefunden haben, sondern wer von euch, dann an uns schicken oder (noch besser) vorbeibringen.

+ Artikel über 15. Jahrestag der Ausrufung der Republik Westsahara und Infos

+ Bericht über ÖBB-Besetzung in Wien

+ Tödliche Ethik, Artikel über Euthanasie

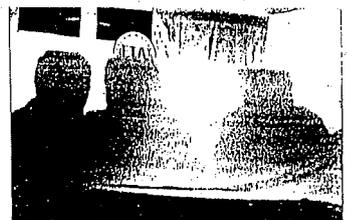
+ 2 Mitglieder des Kollektivs, männlich. Liebe Grüße !

Betrifft

Das wirklich allerletzte Eckerl ist diesmal übriggeblieben. Obligatorisch fast schon haben wir auch trotz Platzmangel nicht viel zu sagen, nur daß wir hoffen, daß sich das Lay-out hoffentlich wieder ein bißerl bessern wird.

Ansonsten Scheiß Krieg!

Liebe & Kraft 2 TATblattis



### negoziazioa \*

\*baskisch; Verhandlungen.

Zwischen der spanischen Regierung und der bewaffneten baskischen Befreiungsorganisation ETA existieren neue Kontakte. Diese Bestätigung machte ETA in einem Interview mit der baskischen Tageszeitung 'egin', welches in der Februar/März-Ausgabe der EUSKADI INFORMATION ungekürzt auf deutsch erscheint. Ferner in der Nummer: Warum politische Verhandlungen die einzige mögliche Lösung des sogenannten baskischen 'Problems' sind, wie das baskische Gefangenenskollektiv die gegenwärtige politische Situation analysiert und vieles mehr...

Ausserdem im Handel seit 1. Januar 1991: EUSKADI INFORMATION SONDERHEFT über die baskische nationale Frage. Mit Beiträgen von Josef Lang, Justo de la Cueva und Iñaki Gil de San Vincente. 40 Seiten, 5 DM/SFr.

EUSKADI INFORMATION erscheint seit April 1989 als Zeitung der EUSKADI KOORDINATION., Postfach 7323, CH8023 Zürich  
Erhältlich im Abo 6 x jährlich für 30 DM/SFr/ Unterstützungssabo für 50 DM/SFr. Jetzt einzahlen auf Konto 10577705, P.Surber, Volksbank Freiburg, BLZ 68090000. Gratis Probenummer bestellen!

Auflösung des Suchbild-Rätsels von Seite 24 der letzten TATblatt-Ausgabe (Bombenanschlag auf die Westbahnstrecke bei Brixlegg): Nicht der Unterschied der beiden Bildhälften war es, wo der Fehler verborgen lag, nein, das Bild selbst war der Fehler.

Das Bild wurde, ohne vorangegangene Diskussion, irgendwann bei der Druckplattenmontage in der Druckerei auf den für Abschlußwitzchen vorbehaltenen freien Platz auf der letzten Umschlagseite plaziert.

Keineswegs unbeeindruckt erregte dieser "Spaß" größeren Ärger bei überraschten TAT-

blatt-Leuten, die sich ob des menschenverachtenden Zynismus irgendwie nicht so recht erheitern konnten.

Nun: die "Meinungsunterschiede" konnten geklärt werden, und stellten sich als Produkt unter-



schiedlicher sachlicher Einschätzungen über den Anschlag selbst heraus. Wir bedauern den begangenen Fehler, und wollen uns der Problematik dieses Anschlages nun etwas sachlicher annähern. Einer Problematik, die keineswegs eine neue ist, sondern sich vor genau einem Jahr in fast genau der gleichen Weise dargestellt hatte.

## Vor Brixlegg herrscht Krieg

### Haben Sie schon mal eine Bombe auf Schienen gesehen?

(ein paar Autonome)

Was war geschehen? Der Zugang zu den Fakten ist einigermaßen schwierig, denn zweifelsohne sind die Informationsflüsse in dieser Angelegenheit politisch gesteuert. Eine Erklärung seitens der UrheberInnen des Anschlags liegt nicht vor.

Versuchen wir, das Ereignis zu rekonstruieren:

Am 9. Feber um etwa 3.00 Uhr detonierte unweit von Brixlegg neben oder in einem Gleis der zweigleisigen Bahnstrecke zwischen Kufstein und Innsbruck ein selbstgebastelter zeitgezündeter Sprengsatz. Da über diese Strecke für die folgenden Tage der Transport der US-Bergepanzer zu ihrem Kriegseinsatz am Golf geplant war, liegt die Annahme nahe, daß der Anschlag gegen diesen Militärtransport gerichtet war.

Der Sprengsatz dürfte — und dabei stützen wir uns nun ausnahmslos auf die in den Medien verbreiteten Informationen — auf einer, in einer Propangasflasche untergebrachten, Mischung aufgebaut gewesen sein. Die Sprengkraft dürfte gewissermaßen so stark, wie unter den gegebenen technischen Bedingungen möglich, also nicht auf irgendein begrenztes Ziel hin orientiert, gewählt worden sein. Von einer wohlüberlegten Sprengung, mit der Absicht gezielter Sabotage unter Ausschluß jeglicher Personengefährdung kann also keineswegs die Rede sein. Vielmehr dürfte sich über das mögliche Ausmaß der Sprengung nur sehr ungenügend der Kopf zerbrochen worden sein. Die Platzierung eines solchen Sprengsatzes neben oder in einem Gleisstück läßt einfach keinerlei realistische Vorausberech-

nung der zu erwartenden Sprengwirkung zu, da die Wirkung der freiwerdenden Kräfte mangels klarer Angriffsflächen absolut nicht abschätzbar ist. Demzufolge müssen wir davon ausgehen, daß eine Zerstörung des Bahnkörpers in größtmöglichem Ausmaß angestrebt oder zumindestens in Kauf genommen, zu einem gewissen Grad ja letztendlich auch erreicht wurde.

Die Schienen wurden einigermaßen deformiert, und zwar in einem zweifellos gefährlichem Ausmaß. Daß der kurz darauf die Stelle passiert habende Güterzug nicht entgleist ist, ist lediglich auf ein Zusammenreffen mehrerer Zufälle zurückzuführen. Eine nur geringfügig andere Sprengwirkung, eine geringfügig — und sei es nur um Millimeter — stärkere Verformung der Schienen, oder eine höhere Fahrgeschwindigkeit des Zuges (wenn nicht etwa ein langsamer Güterzug sondern ein Schnellzug als erstes vorbeigekommen wäre), hätten unweigerlich zu einer folgenschweren Entgleisung geführt.

Eine Warnung bei geeigneten Stellen dürfte offenbar nicht erfolgt sein. Falls doch, so sicherlich nicht in geeignetem und ausreichendem Ausmaß, denn ansonsten hätte der Güterzug den beschädigten Gleisabschnitt schließlich nicht mehr befahren dürfen. Auf alle Fälle muß bei allen Anschlagswarnungen bedacht werden, daß diese eventuell von den EmpfängerInnen einfach nicht ernst genommen werden. Gerade in anslagsrelevanten Zeiten führt die mitunter hohe Zahl von fingierten Bombendrohungen zu einem sehr ungenauen

Umgang mit solchen Warnungen seitens der betroffenen Stellen.

Der Triebfahrzeugführer des Güterzuges spürte beim Überfahren der schadhafte Stelle den Gleisschaden, und meldete diesen umgehend, was zur routinemäßigen Sperre des Gleises führte. Die nachfolgenden Züge wurden auf das Gegengleis umgeleitet. Dementsprechend kann davon ausgegangen werden, daß zu diesem Zeitpunkt noch immer keineR von einem Sprengstoffanschlag gewußt hatte. Vielmehr wurde irrtümlich ein von der Kälte herrührender Schienenbruch angenommen.

Zur Behebung des Schadens wurden Arbeiter ausgeschickt, die sich wenig später zu der schadhafte Stelle aufmachten.

In der Zwischenzeit wurden alle Züge über das unbeschädigte Gleis geführt, nicht ahnend, daß sich auch dort ein Sprengsatz befunden hat, der mutmaßlich gleichzeitig mit dem anderen detonieren hätte sollen. Uns vorliegenden Informationen nach waren die Zündkabeln allerdings über die Schienenköpfe verlegt und wurden deshalb noch vor der Detonation von einem vorbeifahrenden Zug durchtrennt, weshalb es zu keiner Explosion kommen konnte.

Wäre dieser Sprengsatz ebenfalls detoniert, so hätte mit einiger Wahrscheinlichkeit um etwa 3.30 Uhr der Expreszug "Wiener Walzer" die beschädigte Stelle mit 140 km/h überfahren und wäre absehbarerweise unweigerlich entgleist. Bei einer, aufgrund des Schulferienendes erwartbaren starken Besetzung des Zuges kann eine ausgesprochen hohe Zahl von Opfern, wahr-

scheinlich vieler Toter, zumindestens aber unzähliger Verletzter, angenommen werden.

Doch selbst wenn eingeräumt würde, daß sich die UrheberInnen des Anschlages über die Fahrplanlage des "Wiener Walzers" informiert haben, und die Bomben deshalb schon eine halbe Stunde vor der fahrplanmäßigen Durchfahrt des Expreszug zur Zündung bringen wollten, bleibt immer noch einiges offen.

Es kann niemals davon ausgegangen werden, daß die bestehenden Fahrpläne hundertprozentig eingehalten werden. Wenn etwa der, vor dem Expreszug verkehrte Güterzug aus irgendeinem Grund ausgefallen oder verspätet gewesen wäre, hätte vielleicht zuerst der Expreszug mit der höheren Geschwindigkeit die schadhafte Stelle passiert und wäre entgleist.

Ebenso muß immer, und gerade zu Ferienende, mit zusätzlichen, nicht öffentlich angekündigten, Zügen gerechnet werden.

Im übrigen kann eindeutig davon ausgegangen werden, daß auf die Gefährdung des Triebfahrzeugführers und etwaiger anderer am Zug mitfahrender Personen (Zugbegleiter, gelegentlich transportierter ArbeiterInnen, usw) beim Brixlegger Anschlag nicht im geringsten Rücksicht genommen, deren Tod also in Kauf genommen wurde.

Der Anschlag auf die Westbahn widerspricht den grundlegendsten Grundsätzen revolutionärer Anschläge. Dabei wollen wir allerdings keinesfalls die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit von Anschlägen im allgemeinen und auf die, zur Beförderung der US-Bergepanzer vorgesehenen Eisenbahnstrecken im speziellen in Frage stellen — sie müssen nur verantwortungsvoll ausgeführt werden.

Der Anschlag von Brixlegg weist einige fragwürdige Parallelen zu einer Anschlagserie ziemlich genau vor einem Jahr auf. Blicken wir daher zurück:

#### 1990

Nach der Räumung der besetzten Häuser Aegidi und Spalow im Sommer 1988 in Wien kam es wiederholt zu Anschlägen gegen die am Abriss beteiligte Firma Hazet. Die Firma Hazet war und ist aber darüber hinaus ganz allgemein an allen möglichen Fällen von Stadtteilerstörungen, spekulativen Wohnhaussanierungen auf Kosten der Wohnenden und — ganz nebenbei — am Zubau des Wiener Landesgerichts 1 beteiligt.

Die meisten Anschläge auf Hazet seit 1988 waren gewissermaßen wohldurchdacht und verantwortlich ausgeführt.

Es kam es dann aber auch zu einigen außerordentlich fragwürdigen Anschlägen:

So explodierte etwa im noch nicht fertiggestellten Neubau eines Polizeineugebäudes beim Liechtenwerderplatz über dem Franz-Josefs-Bahnhof eine Selbstbau-Bombe neben einem tragenden Pfeiler, der nur beinahe nicht zum Einsturz von Gebäudeteilen geführt hatte. Das Anschlagziel

war eigentlich ausgesprochen gut gewählt, Personen würden dabei wahrscheinlich keine gefährdet, doch lassen andere Umstände (in jenen Tagen wurden mehrere Neonazis verhaftet) auf eine Urheberschaft von Rechtsextremisten schließen.

Im Mai 1989 explodierte neben der Flughafenautobahn ein ferngezündeter Sprengsatz in einer BP-Propangasflasche (!!!) in den frühen Morgenstunden. Trotz beeinflubarer Fernzündung detonierte der Sprengsatz just beim Vorbeifahren eines beliebigen LKWs. Die Ausführung des Anschlages ließ damals die allgemeine Vermutung zu, daß es sich um einen Probe-Anschlag von Faschisten gehandelt habe. Ein Zusammenhang mit dem am gleichen Tag Stunden später vorbeifahrenden sollenden Weltbank-Präsidenten wurde kurzfristig von Polizei und Presse in den Raum gestellt, war aber irgendwie unglaubwürdig.

In einem Hazet-Lager in Wien wurden zwei Sprengsätze (Unkrautsalz/Staubzucker-Mischung in einem Druckkochtopf) unter Baukränen plaziert. Die Sprengsätze detonierten nicht und stellten damit eine massive Gefährdung zufällig vorbeikomender ArbeiterInnen dar. Dennoch erging keine Warnung an irgendwen. Eine Erklärung folgte nicht.

Wenig später wurde ein gleichartiger Sprengsatz auf einer Hazet-Baustelle genau neben einen Baucontainer plaziert, indem Arbeiter mit türkischer Staatsbürgerschaft schliefen! Der Sprengsatz wurde rechtzeitig entdeckt. Auch hier gab es keine Erklärung.

Die Zeitungen feixten damals über den "Bombenterror in Wien" und ganz allgemein wurden "Zusammenhänge mit der Wiener Anarchoszene" kolportiert.

#### 1991

Kurz vor der Opernballdemo wurde auf einem BP-Gaslager am Stadtrand ein selbstgebastelter Sprengsatz von einem Arbeiter gefunden.

Laut Zeitungsmeldungen kam es aufgrund der Kälte nicht zur geplanten Zündung. Andere Quellen, die sich auf nach außen gedrungene Informationen aus den Polizeierhebungen berufen, besagen, daß die Bombe beinahe bei der Installation des Zündmechanismus in den Händen der UrheberInnen in die Luft gegangen wäre, und die Zündung deshalb nachher nicht mehr planmäßig funktioniert habe. Dieses technische Detail läßt sich nun wohl kaum klären. Es hat aber den Anschein, daß wieder trotz Nichterfolgung der geplanten Zündung und daraus herrührender Gefährdung von ArbeiterInnen keinerlei War-

nung erfolgt sein dürfte. Diesfalls kann sie aber sicherlich auch bloß von den offiziellen Stellen verschwiegen worden sein.

Ein Zusammenhang des Anschlages mit dem Golfkrieg konnte nur vermutet werden, liegt aber zweifellos wieder irgendwie nahe. Eine Erklärung zu der Aktion langte jedoch offenbar nirgends ein.

Die Zeitungsmeldungen ähnelten denen des Vorjahres. "Zusammenhang mit Wiener Anarchoszene" und "Zusammenhang zur Opernballdemo" waren der Tenor der von den Herrschenden gesteuerten Propaganda.

Der Opernball ging mehr oder weniger ereignislos vorüber. Während in den letzten Jahren diese Demo eine radikale Zuspitzung der sozialen Gegensätze bedeutet hatte, war davon heuer nur wenig zu spüren. Dafür zeichnete sich zur selben Zeit aufgrund des geplanten Bergepanzertransportes eine mögliche Zuspitzung ab.

Österreichweit wurden Aktionen geplant und vorbereitet.

Eines Morgens explodierte dann die Bombe. Und sofort wußte die Polizei wieder von einem vermeintlichen "Zusammenhang mit der Wiener (!) Anarchoszene" zu berichten.

Dabei hatten die Herrschenden offenbar auch gar kein Interesse, den Anschlag zugunsten eines allgemeinen Gefühls sozialer Friedens und Sicherheit oder aus sonstwelchen Interessen hinunterzuspielen. Im Gegenteil. Sie potentierte den entstandenen Schaden. Während durch den Anschlag selbst nur ein Streckengleis beschädigt worden war, und das unbeschädigte Gleis nach Entfernung des angeblich ohnehin vom Zündmechanismus abgetrennten Sprengsatzes sofort wieder befahren werden hätten können, gab die Polizei erst nach acht Stunden die Strecke wieder für den Verkehr frei. Und dies, obwohl auf Grund des Ferienendes ohnehin schon durch das verstärkte Reisenaufkommens mit Überla-

Haben Sie schon einen Zugstau gesehen?



## 365 Tage ohne Stau.

stungen des Zugverkehrs und einem gewissen Schienenverkehrschaos zu rechnen war. Durch die polizeilich verhängte Streckensperre waren die Verspätungen aufgrund der Zugstaus in halb Europa zu spüren. Dies soll jetzt keineswegs ungeschauter als schlecht abgetan werden. Doch sollten wir

uns auch die Frage stellen, welche Interessen die Polizei damit verfolgt haben mag.

Die Begründung, daß der polizeiliche Bombenentschärfer erst mal in aller Ruhe aus Wien herangekarrt werden mußte, erscheint jedenfalls zutiefst unglaubwürdig — gerade in einem terminlich so sensiblen Bereich wie jenem des Zeitbombenentschärfens muß es doch auch in Westösterreich einen sachkundigen Beamten dafür geben.

### WAS WIR JETZT EIGENTLICH SAGEN WOLLTEN

Wenn wir uns nun den sich stellenden Fragen widmen wollen, müssen wir also unweigerlich erkennen, daß es im Kern exakt die gleichen Fragen sind, wie vor einem Jahr.

Wir zitieren daher nun auszugsweise aus dem "LeserInnenbrief zu den vergangenen Anschlägen" im TATblatt minus 75 vom 27. Feber 1990:

„(...) Zu keinem der Anschläge gab es eine politische Erklärung. Während wir uns beim Anschlag auf den Hazet-Kran noch denken konnten, daß dieser sich von selbst vermittelt, wäre spätestens beim Anschlag beim Wohncontainer, der (mehr Glück als Verstand?) nicht losging, eine Erklärung angebracht gewesen. Umso mehr, als die Presse damals die Gefährdung von Menschenleben eindeutig mit Aegidi-Umfeld in Verbindung brachte.

Es gab damals eine ausführliche Kritik von autonomer Seite am Anschlag im „Anti-Nr 4/88“:

„Nicht, daß ihr denkt, daß wir was gegen Anschläge hätten, aber revolutionäre Aktionen sollten/müssen immer gegen die Herrschenden gerichtet sein, und nie gegen das Volk.

Wer mit gewissen Techniken nicht hundertprozentig vertraut ist, riskiert dabei, daß Unbeteiligte oder ArbeiterInnen dabei draufgehen. Und das kann ja nicht Sinn und Zweck der Sache sein!

Zur Vermittlung: Aktionen, die Unbeteiligte gefährden, vermitteln nichts als Scheiße! Und auch, wenn die Aktion gut war, vermittelt sie nichts, wenn nicht eine Erklärung ins Haus flattert. Eine Aktion setzt eine inhaltliche Auseinandersetzung voraus:

- Wen greife ich an?
- Was kann ich mit dem Anschlag vermitteln/erreichen?
- Wie verkraftet die Szene eventuelle Repressionsmaßnahmen der Bullen? — Ist sie darauf vorbereitet?“

Auf diese Kritik gab es von der ausführenden Gruppe, wer auch immer die Leute waren, keine Reaktion.

(...)

Eine Aktion dient dazu, klarzumachen, wer warum der Gegner ist, und daß dieser Gegner angreifbar ist, und nicht, Leute abzuschrecken.

Ein Anschlag, zu dem es keine Erklärung gibt, ist von Bullen, Medien, usw. völlig frei interpretierbar. "Jeder ist bedroht", es wird dann so gedreht, als würden wir gezielt und grundlos Angst und Terror verbreiten, der jeden treffen kann. Darüber wird ein gesell-

schaftlicher Konsens hergestellt, daß gegen die Linke hart durchgegriffen wird.

Ganz im Gegenteil richten sich revolutionäre Anschläge gegen konkrete Personen/Einrichtungen, die Repräsentanten des Systems sind.

So betrachtet kommen uns die Aktionen ziemlich durchgeknallt vor. Aber vielleicht ist System dahinter?

Wenn hinter diesen Anschlägen keine Linken stecken, fallen zumindest zwei Möglichkeiten ein:

#### • Faschos.

Faschos haben sowohl die Organisation, als auch die Infrastruktur, um Anschläge auf diesem technischen Niveau durchführen zu können. (...) Aus anderen Ländern (zB Italien) wissen wir, daß sie Anschläge machen, um ein Klima herzustellen, in dem die Bevölkerung sich verunsichert fühlt, und darüber die Stimmung für einen starken Staat entsteht. Gleichzeitig wird darüber, daß die Anschläge Linken untergeschoben werden, die Richtung vorgegeben, gegen wen sich die Repression zu richten hat. (...)

#### • Bullen:

Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, daß sich die Bullen/Geheimdienste ihre "linken Aktionen" auch selber basteln (zB Celler Loch [Anschlag auf ein Gefängnis; Anm]). Wir gehen allerdings nicht davon aus, daß die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen hierzulande eine solche Schärfe erreicht haben, daß sie sich auf ein für sie politisch risikoreiches Niveau begeben.«

Wir unterbrechen nun ganz bewußt das Zitat und weisen ganz ausdrücklich nochmals daraufhin, daß der zitierte Artikel aus dem letzten Jahr stammt, und daß sich die Situation heute, mitten im Golfkrieg, vielleicht etwas anders darstellt. Auch wenn zumindestens einige von uns eine staatliche Urheberschaft des Westbahn-Anschlags auch in der heutigen Situation als unrealistische These ansehen, so sprächen doch zwei Fakten massiv dafür: 1.) der in Anbetracht der Ausführung fast schon unwahrscheinlich glimpfliche Ausgang und 2.) die oben angesprochene von den Polizeibehörden verursachte Potentierung der Behinderungen im Zugverkehr mit mehrstündigen Zugverspätungen im Binnenverkehr und im Nord-Süd-Transit zum UrlauberInnen-schichtwechsel.

Setzen wir nun aber die Wiedergabe des Artikels des Vorjahres fort:

»[Es] haben die Bullen in den letzten Jahren so gut wie keine Erfolge in Bezug auf Anschläge wie auch auf öffentliche Aktionen vorweisen können.«

Nocheinmal ein Sprung zurück nach 1991. Gerade jetzt war die Polizei mit absehbaren Aktionen gegen den Panzertransit konfrontiert, die von einer Massenbasis getragen zu werden drohten, die es — vielleicht — von Staats wegen zu spalten galt.

Zitat Fortsetzung:

»Außerdem gibt es seit einigen Jahren zB die EBT (Einsatzgruppe zur Bekämpfung von Terrorismus im Vorfeld), über die wir so gut wie nichts wissen. Vorstellbar wäre daher, daß sie sich einen Grund verschaffen, um

einen Rundumschlag gegen die Szene zu starten. Wenn es um "Aufklärung von Mord(versuch)" geht, haben die Bullen mehr Möglichkeiten, massiven Druck in Verhör-situationen auszuüben. Das wird dann höchstwahrscheinlich auch zu "kriminalistischen Erfolgen" (anderer Art, zB Sprayen,...) führen, über die sie die Aktion nachträglich rechtfertigen können.«

Soweit die Auszüge aus dem Artikel vom vorigen Jahr. Wir legten bei den Zitaten ausdrücklich keinen Wert auf Vollständigkeit. Wir haben nur jene Passagen zitiert, die unseres Erachtens auch in der jetzigen Situation von Bedeutung sind.

### ZUM SCHLUSS

Um keinen Zweifel zuzulassen: Aktionen und Sabotagemassnahmen, die auf eine Verhinderung des Panzertransportes abgezielt haben, halten wir nicht nur für gerechtfertigt, sondern für ganz und gar notwendig. Und selbst wenn der gesamte Zugverkehr bis Kriegsende zum Erliegen gekommen wäre: Alldiese Folgen wären in keiner Relation zu dem unabsehbaren Gemetzel entstanden, das die bevorstehende "Bodenoffensive" der "Alliierten Truppen" mit sich ziehen wird, zu dessen Ermöglichung die durch Österreich geführten Panzer notwendig sind. Wenn auch nur der Transport eines einzigen Panzers verhindert oder soweit verzögert werden konnte, daß diese sogenannte "Bodenoffensive" auch nur wenige Stunden später beginnbar oder auch nur ein klein wenig erschwert führbar geworden ist, dann rechtfertigt dies jede gezielte Aktion.

Haben Sie schon eine Bahnstrecke gesehen?



### 160 km/h ohne Radarfalle.

Doch gerade gezielt war der Anschlag auf die Westbahnstrecke nunmal leider nicht im geringsten.

Trotzdem dürfte es der "Öffentlichkeit" — und sei es auch nur durch den entstandenen Schock — klar geworden sein, daß sich die Republik Österreich nicht so einfach stillschweigend und blöd schwafelnd an diesem Krieg beteiligen und sich gleichzeitig mit einer heuchlerischen moralischen Entrüstung darüber wundern kann, daß es auch die Konsequenzen zu tragen hat, und selbst in die Kampfhandlungen einbezogen werden kann.

Dennoch: Der Anschlag auf die Westbahn in der ausgeführten Variante war unverantwortlich, menschenverachtend und scheiße. Doch so geschissen er war, die Schuld daran liegt bei denen, die diesen Krieg verursachten und vorantreiben.

**KAMPF DEM KRIEG! •**

# Wissenschaft in der Sackgasse – Das Geschäft mit den Umweltgutachten

(Ronald Schuecker)

Die Universitäten wandeln sich - von der Öffentlichkeit unbemerkt - zu gutgetarnten Wirtschaftsunternehmen. Den Instituten gelingt es in zunehmenden Maße, Routinearbeit für Industrie und Wirtschaft als wissenschaftliche Tätigkeit auszugeben. Betriebe können so unter der Hand Routineuntersuchungen, die mit Forschung nichts mehr zu tun haben, auf Universitätsebene verlagern. Universitätsstrukturen garantieren ihnen hochqualifizierte, billige Arbeitskräfte in Form von StudentInnen, rechtliche Absicherung und ein wissenschaftliches Flair. Professoren und Dozenten (Frauen gibts ja kaum) werden zu Handlangern, die gegen kräftige Provisionen diesen Transfer so einfädeln, daß der Schein wissenschaftlicher Seriosität gewahrt bleibt. Übrig bleiben die SteuerzahlerInnen, da sie unfreiwilligerweise neben der Müll und Abwasserbeiseitigung, sowie der Infrastruktur (Autobahnbau) nun auch die Forschungen der Konzerne über die staatlichen Bildungsausgaben mitfinanzieren. Auf dem Umweltsektor richten sich dann diese Forschungen direkt gegen die BürgerInnen. Die Ergebnisse fließen kaum in die Projektgestaltung ein, da relativ wenig über die Auswirkungen anthropogener (durch den Menschen verursacht), Anm. Tb) Einflusses auf die Lebensgemeinschaften (hier: von Pflanzen und Tieren, Natur, Anm. Tb) bekannt ist und es an Erfahrung oder gutem Willen mangelt, dieses spärliche Wissen in die Praxis umzusetzen. Derartige Umweltgutachten haben daher in erster Linie Alibifunktion und werden für diesen Zweck häufig auch noch manipulativ gestaltet. Dafür zahlt ja die Industrie. Dieses Dilemma führt die Wissenschaft in die Schizophrenie. Will sie den Bedürfnissen der Konzerne gerecht werden, ist sie gezwungen, sich laufend ihren Trends anzupassen, ohne nach außen hin ihre Seriosität zu verlieren. Das Ergebnis ist eine doppelte Moral, die durch Formalismen und die unverständliche Sprache der Wissenschaft mehr schlecht als recht aufrechterhalten wird und Stoff für ein Kabarett gäbe, wäre die Sache nicht so ernst. Professoren und Dozenten (Frauen gibts noch immer kaum) mißbrauchen die Autorität und das ihnen entgegengebrachte Vertrauen zur Vergabe von Diplom- und Seminararbeitsthemen, deren Ergebnis bereits im Vorhinein vom Auftraggeber festgesetzt wird. Um etwaige Einwände oder Ideen von StudentInnen zu zerstreuen, werden Intrigenspiele inszeniert. Diese Kunst der Manipulation von Menschen und Daten wurde zu einer eigenen Wissenschaft - bedauerlicherweise zu jener, die die meisten Fortschritte macht.

## DRITTMITTELFINANZIERUNG-DAS DILEMMA AN DER ABTEILUNG HY- DROBIOLOGIE!

Aus meiner persönlichen Erfahrungen nach einem Jahr Werkvertragsbasis an der Abteilung fiel mir auf, daß StudentInnen für Auftragsarbeiten herangezogen werden, denen sie nicht gewachsen sind, da dafür fundierte Kenntnisse von Nöten wären, die nur von Leuten mit langjähriger Erfahrung erwartet werden können. Da bei Auftragsarbeiten, die in der Regel zeitlich begrenzt sind, eine ausreichende Einarbeitungszeit nicht möglich ist, bleibt den StudentInnen meist nichts anderes übrig, als sich an die Anweisungen ihrer Betreuer zu halten, was oft unbefriedigend ist, da sie die Problematik, die hinter solchen Arbeiten steht, nicht oder erst viel zu spät erkennen können.

Ich selbst arbeitete an der Erstellung eines Gutachtens über die Kapazität einer Kläranlage für die Chemie Lenzing mit.

Dieser Betrieb belastet die Ager mit mehreren hundert Tonnen chlorierter Kohlenwasserstoffe und Schwermetallen pro Jahr an Abwässern.

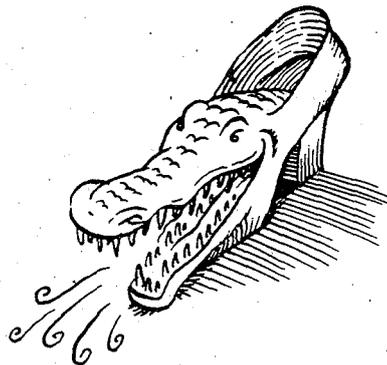
Mir war zwar bekannt, daß der Verfasser dieses Gutachtens, Dr. Moog, Langzeitstudien mit Fließrinnen durchführte, die die Abwasserbelastung der Ager bei verschiedenen Fließgeschwindigkeit und Konzentration der Chemieabwässer simulieren sollten.

Die konkrete Fragestellung des Auftraggebers - eben der benötigten Kläranlagenkapazität - erfuhr ich aber nur bei-

läufig in einem Gespräch, nachdem ich meine Arbeit für dieses Gutachten - die Bestimmung von Wasserinsektenlarven - bereits abgeschlossen hatte.

Bereits während der Bestimmung der Wasserinsektenlarven fiel mir auf, daß die Fließrinnen, die die Ager simulieren sollen, andere Lebensgemeinschaften beherbergen als die Ager. Schließlich haben sie ja bloß Dachrinnenformat. Auch die ökologischen Rahmenbedingungen des saprobiellen Abbaus (Abbau durch Mikroorganismen auf faulenden Substanzen - wenn ich mich recht erinnere, Anm. biogeschädigter Tb - ja, ja diese Müslis, Anm. des Tipplers), der untersucht werden sollte, sind auf Grund der größeren Sauerstoffzufuhr der Fließrinnen wegen ihrer geringen Wassertiefe anders. (Daß sich in den Fließrinnen Zuckmückenlarven einstellen, die Zeiger für hygropetrische Lebensräume (die von einem extrem dünnen Wasserfilm überzogen werden) sind, beschrieb Moog selbst in der "Experimentell analytischen Gewässer-

**Die meisten schönen  
Schuhe sind nette  
kleine Folterkammern.**



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

**GEA**

Gehen Sitzen Liegen

1080 WIEN, Heini Staudinger, Lange Gasse 24, Tel. 40 83 626  
1010 WIEN, Himmelportgasse 26, Tel. 512 19 67

güteprognose an der Traun", März 89, S.46).

Gänzlich wunderte mich dann, daß Moog für dieses Gutachten keine toxikologischen (die Giftigkeit betreffend, Anm. Tb) Untersuchungen durchführte, sondern bloß den Saprobitätsindex\* an Hand der von mir bestimmten Insektenkarven berechnen ließ, obwohl ihm bekannt ist, daß diese (die Insektenlarven, Anm. Tb) auf Schwermetallbelastungen und chlorierte Kohlenwasserstoffe kaum reagieren. Diese Organismen stehen am Beginn der Nahrungskette und reichern die Giftstoffe an. Auch folgendes Gespräch mit Moog, das ich im Anschluß an seinen Habilitationsvortrag am 23. Mai führte, konnte meine Bedenken nicht ausräumen:

Schuecker: Sie haben vorher erwähnt, daß Sie die Gewässergüte umfassend betrachten. Können mit dem Saprobitätsindex, den Sie zur Gewässergütebeurteilung

verwenden, chlorierte Kohlenwasserstoffe und Schwermetalle nachgewiesen werden?

Moog: Nein, natürlich nicht.

S.: Bei den Arbeiten um die Chemie Lenzing ging es vor allem um die Einleitung von chlorierten Kohlenwasserstoffen und Schwermetallen in die Ager. Da haben Sie den Saprobitätsindex angewendet!

M.: Ja, aber wir haben im Nachhinein toxikologische Untersuchungen durchführen lassen.

S.: Konnten diese Daten in das Gutachten das zur Vorschreibung für die Kläranlagenkapazität der Chemie Lenzing gemacht wurde, einfließen?

M.: Leider nein. Wir haben Vergleichsdaten aus dem Ausland genommen.

S.: Sie haben Daten auf die Lenzing -

Untersuchungen extrapoliert (nur näherungsweise Bestimmung von Daten, Anm. Tb), die sie gar nicht verifizieren konnten. Was ist daran wissenschaftlich?

M.: Ich glaube, Sie - lieber Ronald - sehen das viel zu negativ.

RONALD SCHUECKER

Anmerkung: Das Institut für Hydrobiologie hat offensichtlich eine Art Monopolstellung für Gewässergütegutachten in Österreich.

\*Der Saprobitätsindex gibt das Ausmaß der organischen Verschmutzung eines Gewässers in einer Zahlenskala von 1 - 5 an, berücksichtigt aber weder chemische Belastungen, noch das Wechselspiel zwischen chemischer und organischer Belastung eines Gewässers.

## Verbrechen Psychiatrie Teil 3

Nachdem wir's aus Platzgründen und noch offenen Fragen wegen immer wieder 'rausgeschoben haben, bringen wir nun den 3. Teil der Arbeit "Verbrechen Psychiatrie", der direkt an Teil 2, "Zitate" aus der Nummer -56 anschließt.

Dort hieß es zum Schluß:

Zum vorläufigen Resümee und Abschluß des Zitateteils noch ein Zitat: "Es wurde also weitergemacht, als wäre nichts gewesen. Natürlich zeigten ein paar Kammerfunktionäre mit krummen Fingern auf unauffindbare Kriegsverbrecher — wer überlebt hatte, wurde hurtig entnazifiziert —, natürlich beschwor man eine 'menschliche Medizin'. Tatsächlich wurde aber der weiterhin hoch im kurs stehende Biologismus mit einem hauch Humanismus zur Nachkriegsmedizin veredelt und erneut feilgeboten. Man tat so, als hätte das nach wie vor gängige medizinische Menschenbild — ein fallweise entgleister Zellhaufen —, als hätte das Paradigma, das Krankheit als bloßen Organdefekt beschreibt, selbst verschuldet oder exogen von einem ungnädigen Schicksal verursacht, als hätten alle diese falschen Bilder nicht das geringste mit jenen Verbrechen zu tun, an denen die Medizin im Nationalsozialismus so selbstverständlich mitbeteiligt war.

Man verschrieb sich der Wollust der Vergeßlichkeit."

(Ernst K.)

Es scheint so, als wäre der Wille der Herrschenden sowohl als auch der der gegen ihre eigenen wirklichen Interessen verhetzten Besessenen unbeugsam darauf aus, eine solche modifizierte Wiederholung weiter ins Werk zu setzen. Es bedarf wahrlich keines prophetischen Blicks, um zu erkennen, daß es sich dabei um die Produktion des Endes aller Zeiten handelt. Das Überleben der Menschheit, alles Lebendigen überhaupt, wird absolut kurzfristigen Profitinteressen geopfert. Die Empörung der Massen aber richtet sich nicht gegen Profit-Mob und Staatsterrorismus, nein, sie richtet sich gegen die aktiven Systemgegner.

Eine der verlässlichsten Bastionen, Kritiker und Ausgeflippte zur »Staatsräson" zurückzuzwingen, ist die Psychiatrie: Unterdrückungs-, Triebvernichtungs- und Ichbrechungsinstrument der Herrschenden immer dann, wenn die vorgeordneten Untertanenfabriken (bürgerliche Familie, Arbeitsplatz, Massenmördermedien etc.) nicht ausreichen.

Mit den ihr nebengeordneten Untertanenfabriken produziert die Psychiatrie die Bewußtseinspaltung, die Spaltung unserer Gefühle, für die sie selbst den Begriff geprägt hat: die Schizophrenie, auf der

diese Gesellschaft allerdings insgesamt und nicht zuletzt deshalb basiert, weil alle ihre Mordssitten und -gebräuche internalisiert haben, was uns kurz skizziert so widerfährt: Wir "kommen zur Welt" und das heißt: in diese Gesellschaft; wir werden in ihre Sitten und Gebräuche hinein"geboren", d.h. durch sogenannte ER-Ziehung gezwungen, sie zu übernehmen: schließlich sollen wir ja in dieser Gesellschaft "leben", was soviel heißt wie: ausgebeutet werden oder Ausbeuter sein, auf jeden Fall aber: in ihr funktionieren. Die Sitten, Gebräuche und Gesetze dieser Gesellschaft aber sind Mörder- und Totschlägersitten, -gebräuche und -gesetze. Diese aber auf Grund welcher Umlügings-, Verschleierungs- und Abwehrmechanismen und -methoden im Grunde akzeptiert zu haben, gilt als normal, gesund, legal und gut

Ist eine/r aber in Bezug auf sein falsches Bewußtsein, also die Ideologie, daß Tod, Totschlag und Massenmord normal, gesund, gut, notwendig und unvermeidlich seien, verunsichert oder gar sich sicher, daß dieses falsche Bewußtsein falsch ist, dann tritt (u.a.) die Psychiatrie aktuell auf den Plan, um sie/ihn zur Råson zu bringen. Denn diese Gesellschaft darf es nicht dazu kommen lassen, daß die Wahrheit

über sie verbreitet oder gar in die Tat umgesetzt wird: denn das bedeutet(e) die Revolution.

"Wir ... fordern die heute herrschende Regierung auf, der Schreckensherrschaft der irrenärztlichen Verbrecher ... ein schnelles Ende zu bereiten. Unerträglich ist der Gedanke, daß diese Peiniger des Menschengeschlechts, die hinter der Abgeschiedenheit der Irrenhausmauern mit schrankenloser Willkür den Körper und die Seele vergifteten, noch länger ... verschont bleiben sollen ... Es ist unbedingte Pflicht einer Volksherrschaft, diese Schandmale ..., die in den Radspeichen eines demokratischen Staates überflüssig sind, endgültig zu beseitigen."

So die deutsche Irrenrechtsreform im Jahre 1919.25) Leider müssen wir die heute herrschende Regierung nach wie vor dazu auffordern. Für sie ein jämmerliches Zeugnis. Selbst Auschwitz reicht an den Starrsinn der Faschisten (die heute Herrschenden, Anm. Tb) nicht heran. So liegt es denn nach wie vor an uns, die Abschaffung der Psychiatrie zu betreiben. Wie die von Militär, Polizei, Strafvollzug und Klassenjustiz. Kampf deren barbarischen Urhebern!!!

Für heute schließe ich mit dem Text ei-

nes gewissen Julius Schittenhelm aus dem Konkursbuch Nr.1:

### Die Müllmutanten

Wenn endlich sich die Industrie von Staatscomputern bilanziert, verselbständigt auf dieser Welt und völlig sinnlos produziert weil längst der Mensch als Kunde fehlt, dann seh ich dies als Utopie:

Heftig werkten Biologen (denn der Mensch muß überleben) als die ersten Säureregen über den Erdenhimmel zogen. Und sie wechselten die Gene, tauschten aus die Chromosomen, Riesen, Zwerge, Kasperln, Gnomen bildeten die erste Szene. In der zweiten schauten grause Ungeheuer durch die Fenster der Labors und Schreckgespenster - Frankenstein wirkt als Banause. Erst die dritte Reihe brachte endlich doch noch die Mutanten, die ein Team von Hirnver-

brannten für die Industrie erdachte. Stickstoffatmer, Säuresäuerer, Asphaltischecker, Erdgasfurzer, Schrotterzeißer, Eisenscheißer, Kunststoffkauer, Rohölpisser, Kernreaktorabfallschlucker, Kernreaktorbrennstoffkacker und noch viele neue Rassen von uns heut noch unbekanntem Müllmutanten - nun als Rohstofflieferanten.

Und auf unfruchtbarer Erde, leblos wüster, bauen eilig Roboter, ganz unbeteiligt, Möbel, Autos, Küchenherde. Emsig rattern die Fabriken und man kann aus ihren Toren quellend Züge, wie verloren gütervollbepackt erblicken. In den Städten, hellerleuchtet, stehen angefüllt Geschäfte, Proteine, Kunstfruchtsäfte, Abwaschtücher, angefeuchtet. Nur zur Jahreswende karren, wegen Inventur und Steuer, alles schuttwärts die Betreuer, wo schon die Mutanten scharren.

Hm, etwas lange geraten, dieser Brief.

Aber Ihr wißt ja: der Zorn verschafft einen langen Atem.

### Anmerkungen:

23) Werner Vogt. S.139

24) Das Wort "freiwillig" steht hier deshalb in Anführungszeichen, weil es ein Unding wäre, behaupten zu wollen, daß die verhetzten Verhetzer frei in irgendeiner Weise einen oder daß sie einen eigenen Willen hätten. Nicht sie haben einen Willen, sondern sie sind umgekehrt von einem besessen: das Verhältnis von Habendem und Gehabtem ist hier pervertiert. (Vgl. dazu auch Günther Anders: Die Antiquiertheit des Menschen. Band 2. S.188f)

25) Zit. aus Hans Ludwig Siemen. Das Grauen ist vorprogrammiert. Psychiatrie zwischen Faschismus und Atomkrieg. Giesen 1982. S.40

### TRANSPORTPROBLEME oder WIE KOMMT MAN IN DEN HIMMEL DER SOZIALDEMOKRATIE ?

Vom Vater des derzeitigen Bundeskanzlers Vranitzky geht die Mär, er sei einst Kommunist, jedenfalls Sympathisant der Kommunisten gewesen. Nach eingehenden Diskussionen, versichert uns sein Sohn, sei der Vater, von der Richtigkeit der Argumente überzeugt, doch zur Sozialdemokratie übergelaufen.

## Briefe Meinungen Diskussionen

Ähnlich diesem Vater läuft heute Österreich als Ganzes über. Sogenannte Bergepanzer und Hilfsaktionen im Sanitätswesen an die alliierten Streitkräfte beschleunigen das Aufgeben der Neutralität, was ein EG-Beitritt ohnedies erfordern würde. Wenn es gilt, hierfür Argumente zu finden, ist die Sozialdemokratie, im Überlaufen Jahrzehnte lang geübt, darum keineswegs verlegen. Der Transport von Panzern über die Alpen - deswegen heißen sie wohl Bergepanzer - wird in einer Zeit fixiert, in der bereits der UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar von der Gefahr spricht, daß die Kriegshandlungen am Golf weit über die Absichten der UNO-Resolution hinausgingen. Dafür sind Österreichs Politiker ihres Handelns desto sicherer. Dieses Signal überhören sie geflissentlich und beweisen damit einmal mehr, daß dieser Krieg keine Aktion im Geist des Weltfriedens ist, sondern eine Aggression der imperialistischen Mächte.

Freilich, wer in die EG will, muß spüren, und nur so ist die "Hilfsbereitschaft" Österreichs zu verstehen. Sie ist in den Augen der Sozialdemokratie gerechtfertigt.

Nagelt man die Herren auf ein Argument fest, kramen sie das andere hervor. Im Falle der Bergepanzer handle es sich doch nicht um Waffen, wird uns in der gleichen Logik, wie Krieg vom Krieg zu scheiden sei, erläutert. Die Fangleine der Harpune töte nicht, also sei die Fangleine keine Waffe, könnte man ebenso schlecht sagen.

Die Sozialdemokratie hat als ein Hauptvertreter sozialistischer Ideologie schon oft theoretisch und praktisch auf die Spaltung der Einheit gesetzt. Einheit war für sie stets die Einheit zur Haarspalterei. Von sozialistisch blieb sozial und der Leitstern des Sozialen ist das Geld. Das Geld ist jetzt Alleinvertreter sozialer Ideologie, seit die orthodoxe Ostkirche nicht zu Konstantinopel, aber zu Moskau ihren Untergang feiert.

So führt die Sozialdemokratie mit Grundsätzen, die dazu da sind, von ihnen abzurücken, seit fast einem Jahrhundert die Arbeiterschaft an der Nase. Die Politik der Kriegskreditgewährung wird fortgesetzt und man wäscht die Hände in Kleinigkeiten, denn es sind ja bloß kleine Schritte zurück. Es sind nur die Schritte, die notwendig sind, um das Erreichte zu sichern, es nicht wieder zu verlieren und Vranitzky & Co. haben schließlich etwas erreicht. Oder ließen Sie sich nicht von der Logik der Sozialdemokratie überzeugen, wenn Sie oder einer ihrer Anverwandten Generaldirektor einer österreichischen Bank wären?

Liebe Freunde!

Anlässlich der diesjährigen sogenannten Opernball-Demo, ihrer Vorbereitung und ihres Ausganges und der darauf erfolgten Reaktionen aus dem Kreis der SympathisantInnen ist mir ein Bedürfnis folgendes festzuhalten: Die Demo war Scheiße, eine Erniedrigung des AktivistInnenvolkes und mehr noch der elementaren Grundrechte des demokratischen Rechtsstaates (...). Nur eines gilt es nicht: die Buhleute in den Reihen der DemonstrantInnen und SympathisantInnen auszumachen. Für mich ginge es darum, aus dieser Erfahrung insofern zu lernen, als eine kontinuierliche Struktur mit regelmäßigen konstruktiven (konspirativen) Treffen aufzubauen ist. Für meinen Teil werde ich aktiv und passiv dazu beitragen.

Mit Liebe und Kraft.

P.P.P.

### Zum "Kopfbenützen": (Leserbrief TATblatt -55)

1. Was hat es mit der Realität zu tun, wenn Du den fehlenden Realitätssinn der TATblatt-Leute mit Zitaten aus der "Roten Fahne" (Zeitung der MLPÖ, Anm. Tb) belegst?

2. Daß ein militanter Charakter der Opernballdemo sich auch für die Autonomen nicht aufs Verprügelnlassen beschränkt, dürfte klar sein. Die Aktionen rund um die Opernballdemo 1989 haben das wohl deutlich gezeigt.

3. Wenn statt dem Symbol "Oper" ein gleichwertiges politisches Symbol angegriffen wird, wird auch dort die Polizei diese Angriffe zu verhindern versuchen. Klaro. Der Opernball ist nicht deshalb zum Mythos geworden, weil er angegriffen wird, sondern weil es nicht gelungen ist, politische Bezüge und Umgangsweisen damit zu vermitteln. Weil sich die Leute jedes Jahr (außer heuer) wieder den Schädel einschlagen lassen, ohne daß ihnen klarer wird, warum.

4. Die Unterstellung von "Realitätsverlust" ist einer der vielen Wege, Leute mundtot zu machen. Wenn ich mir die TATblatt-LeserInnenbriefe ansehe, dann beschäftigt sich ein großer Teil der Texte damit, mir zu erklären, daß ich was nicht sagen darf, anstatt klarzumachen, wie es richtig zu sagen wäre.

Das ist ein Problem, daß die ganze Szene betrifft. 5. Also ab auf den Misthaufen der Geschichte mit uns Autonomen (oder ist das nicht das, wom wir herkommen?)!

Das mal so als Thesen, die ich ohne weitere Erläuterung in den Raum stelle. Widersprecht mir, stimmt mir zu oder laßt es sein. Benützt meinewegen euren Kopf, aber achtet auch auf euer Herz und euren Bauch und eure kleine Zehe und so.

Mut, Liebe & Kraft (p)

## TERMINE

### GRAZ

#### UNI Graz

Mi.20.03. 20h: VOLKSZÄHLUNG — Podiumsdiskussion mit Othmar Brigar (Initiative Informatik Betroffener), jemand vom Statistischen Zentralamt, einer von der Stadt

### LINZ

#### KAPU, Kapuzinerstr.36

Di.26.02.20h: LEATHERFACE(gb), HEARTCORE(brd)

#### außerdem:

So.03.03.: FRAUENFRÜHSTÜCK

jeden Di.: INFOLADEN- & TATblatt-Treffen um 19h

jeden Mi.: KAPU-Palaver

### radio-radio-radio-radio-radio

#### kapu-radio-show/kanal radio direkt

nachdem das orf-monopol nach wie vor keine sendefrequenzen freigibt, machen wir radio auf band/musiccassette

musik/termine/information/nachrichten/musik/bücher/neues&neuestes eine gemeinschaftsproduktion von kapu und kanal

jeden monat neu - anfordern/bestellen/abonnieren ab anfang märz das stück um ca. 50 öschis in der kapu (tel: 0732/279660) oder im kanal (tel: 07262/762472)

### SCHWERTBERG

#### KANAL, Joseftal 21

Fr.08.03.: The Honky's & The Murphy's(gb)

Fr.15.03.: Peter Hollingers Koffersuite (brd); The Aftertouch(ö); DJ Reiter Martin

Mi.20.03.: Info-Abend zum Thema Schulden/Privatverschuldung

### WIEN

#### FLEX 12, Arndtstr.51

So.17.03.: MILITANT MOTHERS; GETEILTE KÖPFE

Do.19.03.: JODY FORSTER ARMY(usa)

So.31.03.: CHUMBA WAMBA(gb)

#### außerdem:

Boiler Live Pool

Mi.27.02.21h: COSMIC CROTONBUGS

jeden So. 18-24h: INFOCAFE & VIDEO

#### EKH 10, Wielandg.2-4

Sa.02.03.: AUTONOME(S)N-PLENUM - (alle 14 Tage!)

Sa.09.03.: POLL TAX-Veranstaltung

jeden Mo.+Do. ab 19h: VOLXKÜCHE

Mo. bis Fr.: 12-18h: FRÜHSTÜCKSBUFFETT

Do.07.03.: RECHTSHILFEDISCO (zur Sicherheit noch mal fragen!)

### MUSIKSCHEUNE 1991

"2000 LIGHTYEARS FROM MOIK"

Die Musikscheune dient der Pflege und Auseinandersetzung mit Musik. Im besonderen mit Volksmusik. Wir gehen gegen die Standortbestimmung "WAS/WER/WO ist Volksmusik" konsequent an. Die Kreativität zersetzende Macht derartiger Veranstaltungen wollen wir mit der Musikscheune 91 entlarven, bzw. neu definieren.

Durch das Programm führen: Günther Stockinger und Harald Reiss, mit Kua und Goaß. Am Ende jedes Abends steht ein "Concert de Rock" - als Brücke zu anderen Musikstilen.

Mitwirkende: URFAHRER DURCHBRUCH, DIE GOAß, DIE INTERPRETEN, URFAHRER WÄNDCHÖRE, FERDINAND ET LES PHILOSOPHES

Veranstalter: WUK, KANAL, OFFENES KULTURHAUS; NUR SCH.REC!

Wien:

WUK, 9,Währingerstr

Do.07.03.:18h Einlaß, 19h Beginn, 23h Abschlußkonzert

Linz:

OK (Offenes Kulturh.), Dametzstr.

Fr.08.03.:17h Einlaß, 18.30 Beginn, 22h Abschlußkonzert

KKK 4,Gußhausstr.14

Fr.01.03.18h:"SOLI-FEST" für Innsbrucker Widerstand

"10 Jahre bunter Widerstand - 1.März 81-1.März 91"

mit : B.O.R.B. und HANOMAG und Videos

HAUS DER BEGEGNUNG FAVORITEN 10, Ada Christengasse 2,

Fr. 19.03.18-21h: EIERLEGENDES

WOLLMILCHSCHWEIN-WER WILL MICH, Gentechnologie vor unserer Haustür

VHS Hietzing 13, Hofwieseng.48

"Stellt euch vor, eine Frau, die Literatur schreibt!"

Frauenliteratur in der arabischen Welt.

Seminarreihe:

Do.28.02.: Frauenfigur in Männerliteratur

Do.07.03.: Über die Pionierinnen der Frauenliteratur

Do.14.03.: "Darüber darf man nicht reden"

Themen der Frauenliteratur. Zeitgenössische arabische Schriftstellerinnen

Do.21.03.: Syrien, Jordanien, Palästina u. Libanon

Do.04.04.: Nordafrika und Ägypten

Do.11.04.: Irak, Golfstaaten und Saudi Arabien

Kursort: HBL; 13, Bergheideng.5-19, 19-20h15

VHS Favoriten 10, Arthaberplatz 18

"Frauenliteratur in der arabischen Welt" (siehe VHS Hietzing)

jeden Freitag 19h30 (noch 6 Abende)

Do.28.02.: "Technologischer Fortschritt und Abhängigkeit der Wissenschaft" Univ.Prof.Dipl.Ing. M. Horvat (Außeninstitut d. TU Wien)

Do.07.03.: "Freiheit und Verantwortung in der Wissenschaft" Dr. W. Hotkirchner (Politologe)

Do.14.03.: "Wirtschaft und Wissenschaft" Univ.Prof.Dr.L.Bauer (Inst.f.Volkswirtschaftstheorie u. Politik der WU Wien)

Do.21.03.: "Neue Technologien in internationaler Zusammenarbeit und deren Bedeutung für Frauen" Univ.DoZ.Dr.Mechthild Petritsch-Holaday (Frauenstaatssekretariat)

BÜROGEMEINSCHAFT 1, Schottengasse 3a/1/59

Sa.02.03.ab 14h: FRIEDENSARBEITSTAG, neben Buffett und informativem Plausch, Infos über momentane und geplante Aktivitäten gibt es folgende Arbeitskreise:

ZUKUNFTSWERKSTATT: Neutralitätspolitik usw

FRIEDENSPOLITIK: Frauen und Militär, Tondiaschau: "Frauen gegen den Krieg"

FRIEDENSINITIATIVEN: GSoA, BoA usw Film über die heilige Kuh, Videofilm über das Friedenscamp an der irakisch-saudivischen Grenze

KREATIVFREAKS: Fotosession für neue Plakate

GRUWI 9, Wasagasse 12

jeden Freitag 18h trifft sich die Gruppe OB-DACHLOS

Vorausschau:

4.-7.Juli: CHAOS & WIDERSTANDSTAGE; wie, wo, wieso in den nächsten Ausgaben

AMERLINGHAUS 7, Stiftgasse 8

Di.26.02.19h30: Herbert Brunner berichtet von seiner Nicaraguareise im Jänner/Februar

Di.19.03.19h30: Frauenprojekte-Situation der Frauen in Nicaragua nach den Wahlen

Teilnehmerinnen der Frauenbrigade, die im Feber 91 eine Informationsreise durch Nicaragua unternommen haben, berichten über Erfahrungen und Eindrücke

Übrigens: Wie in den letzten Jahren gibt es auch heuer im Juli/August die Möglichkeit, mit einer Brigade nach Condega zu fahren. InteressentInnen sollen sich bald mit nicaragua brigaden - arbeitsgemeinschaft für das freie nicaragua 7, Stiftg.8 in Verbindung setzen. Die genauen Termine für die zwei Vorbereitungsseminare und den Abflug werden noch bekanntgegeben.

Di.26.02.19h: VOLXVERZÄHLUNGSTREFFEN

### DEMOS

Fr.01.03.14h30: LÄRM & KRACH GEGEN DEN KRIEG: Raus aus den Stuben! Lassen wir sie (bzw ihre Stellvertreter und Repräsentanten) hören, daß es uns noch gibt, daß wir ihnen nicht auf den Leim gehen, daß wir's Kriegstreibern nicht leicht machen!

Ort des Geschehens: AMERIKAHAUS, Friedrich-Schmidt-Platz

läßt sich übrigens wunderbar mit der allfreitäglichen FAHRRAD-DEMO verknüpfen!!!

Fr.01.03.16h: FAHRRAD-DEMO, wie immer ist der Rathausplatz Sammelpunkt, diesmaliges Motto: KEINE TARIFERHÖHUNGEN DER ÖFFENTLICHEN !!! (sind für Anfang März geplant!!!! SchwarzfahrerInnen aller Linien vereinigt euch!! Anm)

# Das TATblatt

ist ein 14-tägig erscheinendes selbstverwaltes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ... eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

## Die TATblatt-Kollektive:

**TATblatt-Wien:** 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 57 49 543; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr

**TATblatt-Graz:** Kontakt: 8010 Graz; Kastelfeldgasse 34/16

**TATblatt-Linz:** Treffen:

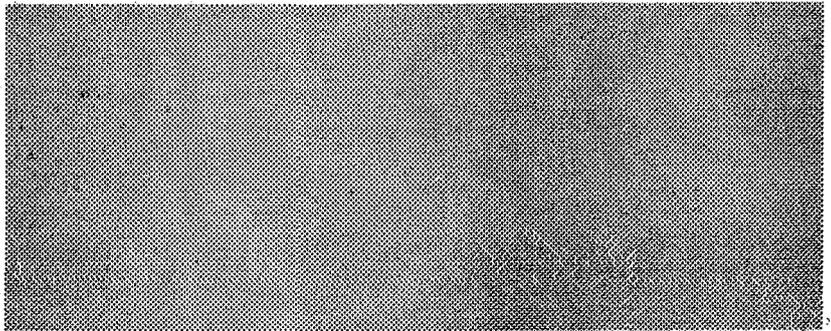
NEU: jeden Dienstag(!) um 19 Uhr im KAPU (Kapuzinerstraße 36)

**TATblatt-Innsbruck:** Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

## ...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 96,— für 10 Ausgaben oder S 190,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 150,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.



P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

**Achtung AbonnentInnen!** Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

## Impressum:

**Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:**

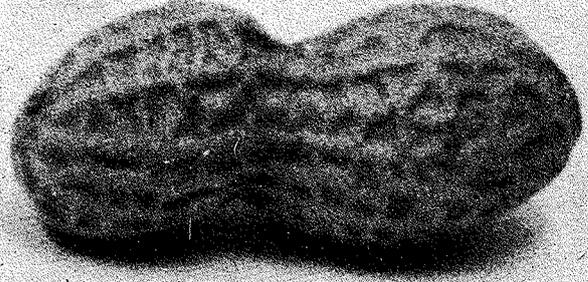
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: (0222) 57 49 543 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck

Redaktionelle Beiträge sind als solche bezeichnet. LeserInnenbriefe und nicht als redaktionell gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreiberin oder des Schreibers wieder.



... auch diesmal nicht besonders  
witzig, oder? (liebe A. !?!)

## ...und im Einzelnen:

**WIEN 1:** ● BH Brigitte Hermann (Grünangergasse 1) ● BH Kolisch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntner-torpassage – beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** ● BH Sprachlos (Radetzkystraße 6) **WIEN 6:** ● BH/Platten VKA (Stiegengasse 20) ● Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) ● Platten Why Not (Otto Bauer Gasse 16) **WIEN 7:** ● Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) **WIEN 8:** EZA („3.W“ EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozsigasse 38) **WIEN 9:** ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) ● Autonome Selbsthilfe (Marktgasse 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) ● BH Monte Verita (Hahngasse 15) **WIEN 10:** ● BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) ● MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) **WIEN 15:** ● Antiquariat W. Simon (Iheringgasse 13; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** ● Beisl Cl: Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) **GRAZ:** ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) ● Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzen-dorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16) **LINZ:** ● Alternativladen (Zollamtsstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz) **INNSBRUCK:** ● Arn Haven (Innrain 157) ● BH Parnaß (Speckbacherstraße 21) ● Café Ultimatum (Dreihelligenstraße 9) **SCHWERTBERG (OÖ):** ● Kulturverein KANAL (Josefetal 21) **SCHWAZ IN TIROL:** ● „Dritte Welt Laden“

Änderungen vorbehalten! Stand November 1990